

Katholische Kirche und Demokratie in Polen 1990-1995

Bingen, Dieter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bingen, D. (1996). *Katholische Kirche und Demokratie in Polen 1990-1995*. (Berichte / BIOst, 1-1996). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-42231>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder. © 1996 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110

ISSN 0435-7183

Inhalt

	Seite
Kurzfassung	
.....	
4	
1. Die neuen Herausforderungen für die katholische Kirche	
.....	
7	
2. Kirchliche Wahlempfehlungen und Grenzen ihrer Wirkung	
.....	
8	
2.1 Parlamentswahlen 1989.....	9
2.2 Präsidentenwahlen 1990.....	9
2.3 Parlamentswahlen 1991.....	11
2.4 Parlamentswahlen 1993.....	13
2.5 Präsidentenwahlen 1995.....	14
3. Die katholische Kirche und das Instrument von Recht, Gesetz und Verfassung	
.....	
18	
3.1 Einführung des schulischen Religionsunterrichts.....	18
3.2 Abtreibungsgesetzgebung.....	20
3.3 Kirche und Konkordat.....	23
3.4 Kirche und Verfassung.....	28
4. Schlußbemerkungen	
.....	
31	
Summary	
.....	
34	

30. Oktober 1995

Dieter Bingen

Katholische Kirche und Demokratie in Polen 1990-1995

Bericht des BIOst Nr. 1/1996

Kurzfassung

Vorbemerkung

Die katholische Kirche sucht ihren Platz im pluralistischen und demokratischen Polen, und sie hat ihn noch nicht gefunden. Sie tut sich schwer, ihr Verhältnis zu den politischen Institutionen der Demokratie, vor allem zur Legislative und zu den politischen Parteien, aber auch zu den gesellschaftlichen Verbänden, den Medien und zum "Westen" zu bestimmen. Währenddessen hat sich in Westeuropa in den letzten Jahren das Bild vom katholischen Kampf um die Errichtung eines Glaubensstaates in Polen verfestigt.

Anhand ausgewählter Problemfelder und Konfliktbereiche soll in diesem Bericht die innerpolnische Debatte über das Verhältnis der katholischen Kirche zur offenen Gesellschaft und zur Legislative dargestellt werden. Die Stellungnahmen zu den Themen "Wahlen" und "Gesetzgebung" seit der Wende können als exemplarisch für die Krise des Selbstverständnisses der dominanten christlichen Konfession in Polen gelten. Als Quellen der Untersuchung dienen polnische Veröffentlichungen aus Politik, Publizistik und Wissenschaft.

Ergebnisse

1. Die katholische Kirche als Institution kämpft um ihren Platz in der polnischen Demokratie: Sie hat seit der demokratischen Wende ihren politischen Einfluß in der Tagespolitik, insbesondere auch im Zusammenhang mit Wahlen, geltend gemacht. Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung spricht sich jedoch gegen die Einflußnahme der katholischen Kirche in Politik und öffentlichem Leben aus und richtet sich nicht nach kirchlichen Wahlempfehlungen. Die katholische Kirche drängt auf die Verankerung ihrer Normen und Wertvorstellungen in Staat, Verfassung und Gesetzgebung. Die Auseinandersetzungen drehten sich seit 1990 insbesondere um Religionsunterricht, Geburtenregelung, christliche Werte in den Massenmedien, Konkordat und Verfassung, aber auch um steuerliche Privilegien und Eigentumsrück-erstattungen.
2. Im Wahlkampf 1989 hatte sich die Kirche mit der damaligen Opposition solidarisiert. Die Solidarność-Kandidaten wurden gegen andere unabhängige Kandidaten noch weitgehend ungeachtet ihrer weltanschaulichen Herkunft und Kirchennähe bzw. -ferne unterstützt. Aber schon damals waren die Vorbehalte gegenüber Kandidaten, die nicht als konservativ kirchentreu galten, unüberhörbar.

3. Anlässlich der Präsidentschaftswahlen 1990 griffen die katholischen Bischöfe zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang zum ersten Mal mit einer offiziellen Stellungnahme in den Wahlkampf ein. Angesichts eines nicht auszuschließenden Wahlsiegs von Stanisław Tymiński gaben sie eine Wahlempfehlung zugunsten Lech Wałęsas. Schon vorher hatte der Klerus in der Konfrontation zwischen Wałęsa und Mazowiecki mehrheitlich für Wałęsa Stellung bezogen. Er galt als der "echte" Pole. Mazowiecki war zwar auch gläubiger Katholik, aber Repräsentant eines "offenen" Katholizismus. Die Kirchenhierarchie, die in der Vielfalt unter dem Dach des Katholizismus bisher überwiegend eine Bedrohung sah, begegnete ihm mit Mißtrauen.
4. Vor den Parlamentswahlen 1991 enthielt sich die katholische Amtskirche anfangs einer offiziellen Stellungnahme zu den Parteien und rekurrierte auf die freie Gewissensentscheidung jedes Christen, bis sie kurz vor den Wahlen den Gläubigen fünf Parteien und Listenverbindungen zur Wahl empfahl. Damit forderte sie die Priester zu einem Verstoß gegen den "Standpunkt" auf, den sie selbst formuliert hatte. Wenn man die Stimmenanteile der fünf Parteien oder Listen zusammenzählt, die von der Amtskirche als wählbar bezeichnet wurden, kommt man auf gerade 25%. Die Amtskirche hatte sich einem Autoritätstest unterzogen, den sie nicht bestand.
5. Bei den Parlamentswahlen 1993 zog die katholische Kirche aus den Fehlern in den vorhergehenden Wahlkämpfen (Präsidentenwahlen 1990, Parlamentswahlen 1991) und in innenpolitischen Streitfragen (Wertediskussion in Verbindung mit "katholischen Parteien") die Konsequenzen und hielt sich demonstrativ zurück. Autorisierte Wahlempfehlungen gab es diesmal nicht. Da die katholische Kirche öffentlich keiner politischen Partei ihre Sympathie bekundet hatte, mußte sie sich nach dem Wahlsieg der postkommunistischen Parteien auch nicht unmittelbar als Mitverliererin fühlen.
6. Die Haltung der Amtskirche vor den Präsidentschaftswahlen 1995 wurde stark von der ablehnenden Haltung der SLD zur Ratifizierung des Konkordats und zur Stellung der Kirche im Verfassungsentwurf beeinflusst. Aus den Hirtenbriefen vom August und September 1995 konnte die eindeutige Ablehnung des SLD-Kandidaten Kwac̄niewski herausgelesen werden, ohne daß die Bischöfe offiziell einen der traditionell katholischen Kandidaten (Wałęsa, Gronkiewicz-Waltz, Olszewski) empfahlen.
7. Im Mai 1990 forderten die katholischen Bischöfe die Wiedereinführung des Religionsunterrichts an den Schulen, die auf Druck des Episkopats im August 1990 per Dekret zum 1. September 1990 verfügt wurde. Premier Mazowiecki wollte einen offenen Konflikt mit den Bischöfen vermeiden, um seine Wahlchancen gegen Wałęsa in den Präsidentenwahlen zu wahren.
8. Die ersten Vorstöße der katholischen Kirche zu einer Reform bzw. völligen Umformulierung der Abtreibungsgesetzgebung liegen weiter zurück als die öffentliche Auseinandersetzung um den Religionsunterricht. Nach erbitterten Diskussionen verabschiedete der Sejm am 7. Januar 1993 ein "Gesetz über Familienplanung, den Schutz der menschlichen Leibesfrucht und die Zulässigkeit des Schwangerschaftsabbruchs", das weder den Wünschen der "Fundamentalisten" noch den Vorstellungen der "Liberalen" entsprach, wenn es auch ersteren weit entgegenkam. Mit der Ablehnung eines Referendums in der Sache wie mit der Abtreibungsregelung selbst

stand die Parlamentsmehrheit im Widerspruch zu einer breiten Mehrheit der Bevölkerung.

9. Ein neues Konkordat war noch von der Regierung Suchocka und dem Heiligen Stuhl unterschrieben worden, konnte aber wegen der Auflösung des Sejm vor den Wahlen 1993 nicht mehr ratifiziert werden. Vor allem der SLD gingen bestimmte rechtliche Privilegien für die katholische Kirche zu weit. Formal wurde in der Diskussion darauf verwiesen, daß wegen der grundsätzlichen Regelung des Staat-Kirche-Verhältnisses die neue Verfassung nicht präjudiziert werden dürfe. Wegen der symbolischen Bedeutung wurde die Konkordatsfrage in den Präsidentschaftswahlkampf 1995 hineingezogen und sowohl von antiklerikalen Strömungen in der SLD als auch von der katholischen Kirche unter taktischen Polarisierungsgesichtspunkten behandelt. Parallel zu der Debatte über die Ratifikation des Konkordats verläuft in Polen die Diskussion des Verhältnisses zwischen katholischer Kirche und demokratischem Staat im Zusammenhang mit der Erarbeitung der neuen demokratischen Verfassung, die von einer Verfassungskommission vorgenommen wird. In beiden Fällen geht es um die Durchsetzung christlicher Werte in der staatlichen Gesetzgebung bzw. des liberalen Paradigmas von der "Trennung zwischen Staat und Kirche".
10. Das Jahr 1995 war für die katholische Kirche ein äußerst ungünstiges und gefährliches Jahr. Denn sie war der Versuchung ausgesetzt und ist ihr erlegen, die Entwicklung weg von der Politik hin zur Erfüllung ihrer Missionsaufgabe, den Weg hin zu einer Abgrenzung zwischen der Sphäre des öffentlichen Lebens und der Sphäre des politischen Lebens ernsthaft in Frage zu stellen. Die Versuchung entstand, weil die polnische Innenpolitik von der Debatte über die Konkordatsratifizierung und die neue Verfassung sowie von einem langen und zähen Präsidentschaftswahlkampf beherrscht wurde. In diesem Spannungsbogen glaubte die katholische Hierarchie in der Praxis weniger an die Macht des Evangeliums als an den Erfolg von Paragraphen.
11. Die Säkularisierungsdebatte wird in Polen noch dadurch verschärft, daß die Dechristianisierungsprozesse und die liberaldemokratische Trennung von Kirche und Staat, Vorgänge, die in den west- und südeuropäischen Staaten über viele Jahrzehnte in demokratischen oder liberalen Systemen verliefen, die Kirche in Polen nach der raschen Demokratisierung schockartig in eine neue Lage bringen. Der Konflikt um das liberale Paradigma von der Trennung zwischen Kirche und Staat wird hier von der Erfahrung mit der marxistisch-leninistischen Variante überlagert. Eine Verzerrung der Diskussion bei den Hauptbeteiligten, den Atheisten und Laizisten einerseits und der Institution Kirche andererseits, scheint unausweichlich in einem Land, in dem die Kirche mehr als in allen west- und osteuropäischen Nachbarländern über Jahrzehnte gesellschaftlich unangefochten blieb, ja von Jahr zu Jahr mehr Bekenner um sich scharte und von der Staatsmacht - hier der kommunistischen - als national-patriotische Institution widerwillig respektiert und zuletzt hofiert wurde.

1. Die neuen Herausforderungen für die katholische Kirche

"Das Problem der Kirche mit der Kirche"¹, "Der Glaube und die Macht"², "Kalter Religionskrieg"³, "Entweder Kirche oder Europa?"⁴ - auf der Suche nach griffigen Schlagzeilen für ein komplexes Problem treffen polnische Journalisten bisweilen ins Schwarze, auch wenn sie nur einen Ausschnitt aus der Transformation in Polen *nach* dem Systemwechsel thematisieren. Die katholische Kirche sucht ihren Platz im pluralistischen und demokratischen Polen, und sie hat ihn noch nicht gefunden. "Sie tut sich schwer, ihr Verhältnis zu den politischen Institutionen der Demokratie, vor allem zur Legislative und zu den politischen Parteien, aber auch zu den gesellschaftlichen Verbänden, den Medien und last but not least zum "Westen" zu bestimmen."⁵

Der stellvertretende Chefredakteur der angesehenen katholischen Monatszeitschrift "Wiê", Zbigniew Nosowski, formulierte es in einer Diskussion so: "Das Hauptproblem der Kirche in Polen ist weder der Streit um die Legalisierung der Abtreibung noch um den Platz der Religionslehre, noch um die Respektierung christlicher Werte im Fernsehen, noch die invocatio Dei in der Verfassung. Ebensovienig ist das Hauptproblem der Kirche die Kritik, auf die sie trifft, oder der Streit um ihren Platz im öffentlichen Leben. Das Hauptproblem der Kirche in Polen ist - wie Bischof Pieronek sagte - die Kirche selbst."⁶ Bischof Tadeusz Pieronek, seines Zeichens Sekretär der polnischen Bischofskonferenz, gilt als ein gemäßigter, aber nicht unbedingt "liberaler" Exponent in dem weitgehend vom Denken in den Kategorien einer "belagerten Festung" geprägten polnischen Episkopat. Wie kommt es aber, daß sich derselbe Tadeusz Pieronek mit der Verschärfung des Präsidentschaftswahlkampfes im Sommer 1995 zu politisch polarisierenden Äußerungen hinreißen ließ, die von einer differenzierenden Sicht auf die Probleme der Kirche wenig erkennen ließen, sondern auf manichäische Weise die Wahl zwischen dem Guten und dem Übel zur Debatte stellten?

Die katholische Kirche als Institution kämpft um ihren Platz in der polnischen Demokratie:

1. Sie hat seit der demokratischen Wende ihren politischen Einfluß in der Tagespolitik geltend gemacht und vor dem Hintergrund der Durchsetzung ihrer naturrechtlichen Normvorstellungen in den letzten fünf Jahren (partei-)politische Präferenzen klar formuliert. Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung spricht sich jedoch gegen die Einflußnahme der katholischen Kirche in Politik und öffentlichem Leben aus und richtet sich nicht nach kirchlichen Wahlempfehlungen. Meinungsumfragen und Ergebnisse der Parlamentswahlen von 1991 und 1993 beweisen dies. Die Präsidentschaftswahlen im November 1995 verschärften noch die Diskussion um das unmittelbare politische Engagement der Kirche.

¹ Koëcio³a problemy z Koëcio³em (Probleme der Kirche mit der Kirche), in: Tygodnik Powszechny, Nr. 34, 20.8.1995.

² Roman Graczyk, Wiara i w³adza (Glaube und Macht), in: Gazeta Wyborcza, 5.-6.8.1995

³ Jaros³aw Gowin, Zimna wojna religijna (Kalter Religionskrieg), in: Gazeta Wyborcza, 19.-20.8.1995.

⁴ Stanis³aw Rosnowski, Albo Koëcio³, albo Europa? (Entweder Kirche oder Europa?), in: Polityka, Nr. 39, 30.9.1995.

⁵ Manfred Spieker, Kirche und Gesellschaft im postkommunistischen Transformationsprozeß, in: Ders. (Hrsg.), Nach der Wende: Kirche und Gesellschaft in Polen und in Ostdeutschland. Sozialethische Probleme der Transformationsprozesse, Paderborn 1995, S. 11-31, hier S. 20.

⁶ Zit.n. Tygodnik Powszechny, Nr. 34, 20.8.1995, S. 6.

2. Die katholische Kirche sieht sich mit der Abwehr direkter, sanktionierter Zugriffsmöglichkeiten auf die Gläubigen mittels Staat, Verfassung und Gesetzgebung in einem demokratisch-pluralistischen Gemeinwesen - der sogenannten "zivilen Gesellschaft" - konfrontiert. Die Auseinandersetzungen drehten sich seit 1990 insbesondere um Religionsunterricht, Geburtenregelung, christliche Werte in den Massenmedien, Konkordat und Verfassung, aber auch um steuerliche Privilegien und Eigentumsrückerstattungen.¹

In diesem Bericht sollen nur exemplarisch die Auseinandersetzungen um den schulischen Religionsunterricht, die Abtreibungsgesetzgebung, das Konkordat und die neue Verfassung beobachtet werden. Andere Konfliktfelder, wie "christliche Werte" in Medien(gesetzgebung), Restitutionsen und Steuerprivilegien, werden hier nicht untersucht.

2. Kirchliche Wahlempfehlungen und Grenzen ihrer Wirkung

In einer aufschlußreichen Feldstudie hat Elżbieta Firlit, Lehrbeauftragte für Soziologie an der Katholisch-Theologischen Akademie Warschau, sowohl bei katholischen Pfarrern wie bei Gläubigen die gängige Überzeugung bestätigt gefunden, daß sich die Priester seit 1989 aktiv an den Wahlkampagnen beteiligten, wobei zwischen 1989 und 1993 eine eindeutig sinkende Tendenz festzustellen war.²

Folgende Formen der Beteiligung der Priester an einzelnen Wahlkampagnen wurden von Pfarrern als die am meisten verbreiteten genannt:³

1. Befürwortung einer richtigen gesellschaftlichen und politischen Orientierung während der Predigt in der Kirche: 1989 (Parlamentswahlen) 78,7%, 1990 (Präsidentenwahlen) 74,5%, 1991 (Parlamentswahlen) 66%, 1993 (Parlamentswahlen) 48,8%.
2. Informelle Gespräche mit Angehörigen der Pfarrgemeinde über die Wahl der richtigen politischen Orientierung oder eines Wahlkandidaten. Glaubwürdigmachen von bestimmten Wahlkandidaten: 63,9%, 65,5%, 62,0%, 56,1%.
3. Zustimmung zum Aushängen von Plakaten, Losungen, Faltblättern und Informationen, die von Aktivisten der katholischen Gruppierungen vorbereitet wurden (z.B. am Kircheneingang): 52,5%, 49,1%, 48,0%, 48,8%.
4. Zugänglichmachen der Räumlichkeiten der Kirche für Wahlkandidaten der christlichen (katho-

¹ Auf die beiden letzten Punkte kann hier nicht weiter eingegangen werden. Es geht, um spektakuläre Beispiele zu nennen, z.B. um Befreiung von Pfarreien von der Autoimportsteuer, was zu Handelstätigkeit von Priestern, Steuerhinterziehung sowie von Staat und Kirche geduldeter Korruption führt, oder die Rückforderung kirchlicher Immobilien, die zwischen dem 16. und 20. Jahrhundert (ehem. Franziskanerkirche in Danzig, im 16. Jahrhundert) säkularisiert wurden. Siehe: Stanisław Podemski, "ródźa zgorzenia (Quellen des Ärgernisses), in: Polityka, Nr. 32, 12.8.1995.

² Elżbieta Firlit, Die Rolle der Pfarrgemeinden im polnischen Transformationsprozeß, in: Spieker (Hrsg.), Nach der Wende, S. 75-95.

³ Bei der Pfarrgemeinde als Untersuchungseinheit wurde das geschichtete und Random-Auswahlverfahren eingesetzt. Ausgewählt wurden die Wojewodschaft Nowy S'cz mit dem höchsten Indikator für religiöse Aktivität und die Wojewodschaft Warschau, wo der Indikator geringer ist als der Durchschnittsindikator für Polen und wesentlich geringer als in Nowy S'cz (S. 78).

lischen) Parteien und ihre Wahlkampagne: 32,8%, 29,1%, 32,0%, 29,3%.

5. Direkte Beteiligung der Priester an Wahlversammlungen im lokalen Milieu: 18,0%, 16,4%, 14,0%, 14,6%.¹

Eindeutig ist in der Untersuchung die Beurteilung der politischen Beteiligung der Priester durch die Gläubigen. Beinahe 79,1% der Befragten waren der Meinung, daß die Priester "Gläubige nicht zu belehren haben, für welche politischen Gruppierungen sie ihre Stimmen abzugeben haben." Nur 2,9% befürworteten eine solche Einflußnahme. Mit diesem Ergebnis der Feldstudie stimmen die Antworten auf die Fragen nach der Rolle der Kirche im öffentlichen Leben überein, die in Polen regelmäßig gestellt werden. Die Antworten sind seit Anfang der neunziger Jahre konstant. Bei Firlit waren bis zu 75,8% der Laien der Meinung, die Kirche sei ausschließlich für religiöse Angelegenheiten zuständig. Einer Beteiligung der Kirche am politischen sowie wirtschaftlichen Leben stimmten nur 3,3% der Laien zu.² Gesamtpolnische Meinungsumfragen der letzten Monate ergaben auf die entsprechende Frage unveränderte Antworten. Nach einer im Februar 1995 veröffentlichten repräsentativen Umfrage waren im Oktober 1994 72% der Polen der Ansicht, daß die katholische Kirche einen zu großen Einfluß auf die Politik ausübe. Im Laufe des Jahres stieg sogar die Zahl derer, die der Meinung waren, daß die Kirche politisch zu aktiv sei, obwohl das Verhältnis zwischen Kirche und Staat nach der Wahlniederlage der Postsolidarnoœæ-Parteien weniger intensiv war. In dieser Umfrage sprachen sich 57% der Polen gegen jegliche politische Aktivität der Kirche aus. 68% waren dagegen, daß die Politiker bei ihren Entscheidungen die Meinung der Kirche einholen sollten. Zugleich stieg im Vergleich zu 1991 der Anteil derjenigen, die der Überzeugung sind, daß die Tätigkeit der Kirche nicht dem Wohl der Gesellschaft diene, von 23 auf 40%.³

2.1 *Parlamentswahlen 1989*

Im Wahlkampf 1989 hatte sich die Kirche noch weitgehend mit der damaligen Opposition solidarisiert. Dies geschah nicht ex cathedra, sondern durch unübersehbare Sympathiebeweise von seiten der Bischöfe, vielmehr aber noch der Priester in den Gemeinden zugunsten der Kandidaten des "Bürgerkomitees bei Lech Wa³êsa". Im Frühjahr 1989 wurden die "Solidarnoœæ"-Kandidaten noch weitgehend ungeachtet ihrer weltanschaulichen Herkunft und Kirchennähe bzw. -ferne gegen andere unabhängige Kandidaten unterstützt. Aber schon damals waren die Vorbehalte gegenüber nicht als kirchentreu geltenden Kandidaten unüberhörbar. Es gab deshalb auch zahlreiche Fälle, in denen katholische Priester um Stimmen für besonders hierarchiekonforme konservativ-nationale Parlamentsbewerber der bisher regimenahen Vereinigungen PAX und PZKS (Polnische Katholisch-Soziale Vereinigung) gegen "Solidarnoœæ"-Bewerber warben.

2.2 *Präsidentenwahlen 1990*

Zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang griffen die katholischen Bischöfe zum ersten Mal mit

¹ Ebenda, S. 83.

² Ebenda, S. 83ff. Als überraschend wertete Firlit die Tatsache, daß über die Hälfte der Pfarrer (56,6%) auch der Meinung waren, die Kirche in Polen habe sich ausschließlich mit religiösen Angelegenheiten zu befassen.

³ Gazeta Wyborcza, 9.2.1995; *ycie Warszawy*, 13.2.1995.

einer offiziellen Stellungnahme in den Präsidentschaftswahlkampf 1990 ein. Angesichts eines nicht auszuschließenden Wahlsiegs des "Mannes aus dem Nichts", Stanisław Tymiński, gaben sie mit einem am 30. November 1990 veröffentlichten Hirtenbrief eine kaum verschlüsselte Wahlempfehlung zugunsten Lech Wałęsas.¹ Tadeusz Mazowiecki war im ersten Wahlgang mit 18,8% der abgegebenen Stimmen ausgeschieden.

Während des mehrmonatigen Wahlkampfs hatte die katholische Kirche ex officio strikte Nichteinmischung praktiziert, andererseits aber ihre Vorstellungen von einem neuen Polen und der Rolle von Kirche und Religion nach dem Ende des Kommunismus deutlich zur Kenntnis gebracht. Die Befürchtungen der meisten politischen Gruppierungen, die Gunst der Kirche zu verlieren oder gar von ihrem Bannstrahl getroffen zu werden, hatte diese zur Durchsetzung von Forderungen genutzt, die sich im Gesetzgebungsprozeß niederschlugen. So hatten die Priester freie Hand, die faktische Präferenz der überwältigenden Mehrheit des Episkopats der Basis zu vermitteln und den Gläubigen Entscheidungshilfe zu gewähren, ohne sich auf eine offizielle Stellungnahme des Episkopats berufen zu müssen.

Der Klerus bezog in der Konfrontation zwischen Wałęsa und Mazowiecki mehrheitlich eindeutig Stellung zugunsten des Danziger Volkstribuns. Er galt als der "echte", gut katholische Pole. Mazowiecki war zwar auch gläubiger Katholik, aber seit Jahrzehnten in der katholischen Laienbewegung publizistisch und politisch tätig, was ihm das Mißtrauen der Kirchenhierarchie einbrachte, die mehrheitlich in allem eine Bedrohung sieht, was Vielfalt unter dem Dach des Katholizismus fördert. Umgab er sich nicht mit Liberalen, mit Agnostikern und mit Politikern, die eine sozialistische Biographie hatten?

Bei dieser Gelegenheit läßt sich in Erinnerung rufen, daß sich die katholische Kirche schon während des "langen Sommers der Solidarität" 1980/81 durch verschiedene Kanäle, auch öffentlich, gegen den ihrer Meinung nach zu großen Einfluß des KSS-"KOR" (Komitee zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung-"KOR") auf die "Solidarność" wandte und einen größeren Einfluß der katholischen Kirche oder katholischer Berater in der Gewerkschaftsbewegung wünschte. "Solidarność" sollte eine traditionell patriotische und katholische Bewegung sein. Der Einfluß eines Jacek Kuroń oder Adam Michnik war der Kirche ein Dorn im Auge. Kirchenvertreter warnten vor dem Einfluß von der polnischen Nation und Tradition angeblich fremden Einflüssen, wobei sie offenbar insbesondere an Agnostiker mit sozialdemokratischem und liberalem Ideengut und Intellektuelle jüdischer Herkunft dachten.

Dem alltäglichen Antisemitismus,² in seinen Ausdrucksweisen an Dummheit kaum zu überbieten, können sich auch lautstarke katholische Kleriker nicht entziehen. Der von der Angst vor allem Fremden und angeblich Nichtpolnischen gespeiste Antisemitismus war auch im ersten demokratischen Wahlkampf um das Präsidentenamt gegen Mazowiecki und sein Wahlbündnis in-

¹ Hirtenbrief vom 30.11.1990, in: Rzeczpospolita, 1./2.12.1990.

² Dazu erhellend der für den katholisch-jüdischen Dialog zuständige Theologe Waldemar Chrostowski, Der Stand und die Perspektiven des katholisch-jüdischen Dialogs in Polen, in: Polens Gegenwart, Nr. 12, 1990, S. 1-15; zum fortwährenden Problem "Antisemitismus" im deutsch-polnischen Dialog: Theo Mechtenberg, Deutsch-polnischer Dialog im Schatten der Sho'a, in: Zblięnia, Nr. 2, 1995, S. 17-22.

strumentalisiert worden.¹

Der stellvertretende Sekretär der Bischofskonferenz, Alojzy Orszulik, sah sich inmitten des Präsidentschaftswahlkampfes 1990 genötigt, den Antisemitismus als unchristlich anzuprangern. Zugleich unterwarf er sich jedoch dessen Denkschema, indem er in einem Interview für die katholische Wochenzeitung "Tygodnik Powszechny" zu berichten wußte, daß der katholische Stammbaum Mazowieckis bis ins 15. Jahrhundert zurückreiche.²

Erst spät, nachdem auch die ausländischen Massenmedien über antisemitische Entgleisungen im Präsidentschaftswahlkampf 1990 und in diesem Zusammenhang auch über unglückliche - als tendenziell antijüdisch interpretierbare - Äußerungen Wa³êsas berichtet hatten, die das internationale Ansehen Polens nachhaltig zu beeinträchtigen drohten, fühlte sich die katholische Kirche veranlaßt, am 30. November - nach dem ersten Wahlgang - eine Erklärung gegen den Antisemitismus anzukündigen.³ Unverständlicherweise wurde der Hirtenbrief über das Verhältnis der Kirche in Polen zum jüdischen Volk und zur mosaischen Religion erst am 20. Januar 1991 verlesen.

Fünf Jahre später, nachdem im Vorwahlkampf 1995 der bekannte Priester und ehemalige geistliche Beistand Wa³êsas, Henryk Jankowski, eine antisemitische Predigt in Anwesenheit des Präsidenten gehalten hatte und in den darauffolgenden Tagen in Presseerklärungen seine antijüdischen Aussagen mit hanebüchenden Zusatzerklärungen noch bekräftigte, waren die Reaktionen ähnlich: Die katholische Kirche (Ortsbischof, Episkopat) reagierte mit Verzögerung, erst auf Nachfrage von polnischen Medien und mit zunehmender internationaler Aufmerksamkeit. Der Präsident sah sich erst zu einer eindeutigen Stellungnahme veranlaßt, als Präsident Clinton damit drohte, er werde Wa³êsa anläßlich der UNO-Jubiläumsfeierlichkeiten in San Francisco nicht empfangen.

Was an diesen antisemitischen Vorgängen im Zusammenhang mit den Wahlkämpfen seit 1990 insbesondere ins Auge fiel, war der Umstand, daß die katholische Hierarchie, die bei Verletzungen der Menschenwürde und der christlichen Werte in ganz eng definierten Bereichen (z.B. Leben *vor* der Geburt) Rigorismus und größte Sensibilität an den Tag legt und vermeintliche sowie wahre Gegner der christlichen Wahrheitslehre verbal gnadenlos angreift, bei anderen Verletzungen der Zehn Gebote sehr viel weniger Engagement und Mitgefühl zeigt.

2.3 Parlamentswahlen 1991

Am 27. Oktober 1991 fanden in Polen zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg freie Wahlen zur ersten Kammer des Parlaments, dem Sejm, statt. Der katholischen Kirche lag daran, daß im Parlament eine starke Fraktion von christlichen, der katholischen Kirche wohlgesonnenen Politikern vertreten war. Dabei stand die Amtskirche vor dem Problem, einerseits dem Vorwurf einer direkten Werbung für bestimmte Parteien entgegen zu wollen, andererseits ihre Wahlkriterien so zu formulieren, daß ihre Präferenzen für jeden Katholiken einsichtig waren.

In den letzten zwei Monaten vor den Wahlen war eine sich beschleunigende Verengung der Per-

¹ Dawid Warszawski, "Gdybym by³ ydem, by³bym dumny" ("Wenn ich ein Jude wäre, wäre ich stolz"), in: Gazeta Wyborcza, 26.-27.8.1995.

² Zbieraæ okruciny dobra... (Die Krümen des Guten sammeln...), in: Tygodnik Powszechny, Nr. 44, 4.11.1990.

³ Gazeta Wyborcza, 3.12.1990.

spektive der katholischen Kirche in Form einer direkten Einmischung in den Wahlkampf festzustellen. Die erste offizielle Stellungnahme ließ diese Gefahr für die Kirche noch nicht erkennen. Der "Standpunkt des polnischen Episkopats zu den Parlamentswahlen", der am 27. August 1991 verabschiedet wurde¹, war ein beachtliches Dokument, das Festigkeit in moralisch-ethischen Grundpositionen mit parteipolitischer Zurückhaltung und Vertrauen in die Mündigkeit des Christenmenschen und Staatsbürgers verband. Die Stellungnahme der Bischöfe nahm dabei ausführlich Bezug auf die Pastoralconstitution "Gaudium et spes" des II. Vatikanischen Konzils. Die Bischöfe verzichteten eindeutig auf die Unterstützung einer konkreten Partei und gaben keine Wahlempfehlungen. Klar hieß es: "Wir verpflichten die Seelsorger, in Kirchen und Kapellen keinen Wahlkampf und keine Agitation für irgend jemanden zu führen oder dies zu erlauben."

Das "Hirtenwort der polnischen Bischöfe zu den Aufgaben der Katholiken bei den Parlamentswahlen"², das vier Wochen vor den Wahlen am 29. September von allen Kanzeln verlesen wurde, bediente sich einer deutlicheren, ja bisweilen scharfen oder polemischen Sprache und entbehrte nicht einer betont patriotischen Diktion. Es unterstrich nochmals, daß die Bischöfe keine konkreten Wahlempfehlungen geben, es aber nicht nur als ihr Recht, sondern auch als ihre Pflicht ansehen, die Gläubigen vor Kandidaten zu warnen, "die das Recht auf Abtreibung oder Euthanasie" (!) postulierten. Ein weiteres Wahlkriterium für die Bischöfe war der Patriotismus. Er gehöre zum Menschen und sei theologisch voll und ganz untermauert. "So sollten wir alle an den Wahlen teilnehmen und die unterstützen, die die Erhaltung der Identität der Nation und ihrer christlichen Werte garantieren."

Die Sprache und der Geist des Hirtenbriefes wies ebenso wie der am 15. September 1991, dem Tag der Massenmedien, verlesene Hirtenbrief mit seinen Pauschalangriffen auf die Medien, der auch auf entschiedenen Widerspruch katholischer Theologen stieß, die in Massenmedien tätig sind³, darauf hin, daß die katholische Amtskirche letztendlich nicht die fatale Situation hatte vermeiden können, sich tief in die Innen- und Parteipolitik zu verstricken. Wenn sich der Bischof von Landsberg/Warthe (Gorzów Wielkopolski), Józef Michalik, in einer Predigt dazu verstieg zu fordern: "Ein Katholik hat die Pflicht, für einen Katholiken zu stimmen, ein Christ für einen Christen, ein Muslim für einen Muslimen, ein Jude für einen Juden, ein Freimaurer für einen Freimaurer, jeder Kommunist für einen Kommunisten..."⁴, dann konnte allzu leicht der Eindruck entstehen, daß die gesamte polnische Amtskirche in den letzten Wochen vor den Wahlen in eine Art Verfolgungswahn vor einem drohenden Antiklerikalismus verfiel und geradezu in Panik war, als sie kurz vor den Wahlen den Gläubigen fünf Parteien und Listenverbindungen zur Wahl anempfahl. Damit forderte sie die Priester zu einem Verstoß gegen den "Standpunkt" auf, den sie selbst formuliert hatte. Die Gewissensfreiheit des mündigen Christen, auf die die Amtskirche mit Bezug auf "Gaudium et spes" in ihrem "Standpunkt" (27.8.1991) noch gesetzt hatte, war von ihr im Laufe des Wahlkampfes weitgehend außer Kraft gesetzt worden.

Es überraschte nicht sonderlich, daß in der "Instruktion" die beiden Stützpfeiler beim Aufbau eines

¹ Tygodnik Powszechny, 8.9.1991.

² Tygodnik Powszechny, 29.9.1991

³ So Adam Boniecki von "Tygodnik Powszechny" und der stellv. Chefredakteur der traditionsreichen und renommierten Monatsschrift "Przeegl'd Powszechny", Grzegorz Schmidt, in: Rzeczpospolita, 12.9.1991.

⁴ Gazeta Wyborcza, 30.9.1991.

demokratischen Staates und einer Marktwirtschaft, die Demokratische Union (UD) des Katholiken Tadeusz Mazowiecki und der Liberal-Demokratische Kongreß (KLD) des bisherigen Ministerpräsidenten Krzysztof Bielecki, nicht erwähnt wurden.

Wenn man die Stimmenanteile der fünf Parteien oder Listen zusammenzählt, die von der Amtskirche als wählbar bezeichnet worden waren, kommt man auf gerade 25%. Die Kirche hatte die Gläubigen aufgerufen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Der Aufforderung kam weniger als die Hälfte der über 27 Millionen wahlberechtigten Polen nach. Von diesen wählten wiederum drei Viertel nicht die Parteien, die von der Kirche präferiert wurden. Kann man daraus schließen, daß deren Ansehen bei den Gläubigen dramatisch gefallen war? Jedenfalls hatte sich die Amtskirche völlig unnötig einem Autoritätstest unterzogen, aus dem sie kaum ungeschoren herauskommen konnte.

2.4 Parlamentswahlen 1993

Rufen wir uns in Erinnerung: Bei den Sejmwahlen 1993 errang die Demokratische Linksallianz (SLD), ein Bündnis aus der Nachfolgepartei der PVAP (PZPR), der Sozialdemokratie der Republik Polen (SdRP), und 27 weiteren Gruppierungen, als stärkste Partei 20,4% der Wählerstimmen, gefolgt von der Bauernpartei (PSL) mit 15,4%, die als Vereinigte Bauernpartei (ZSL) jahrzehntelang mit den Kommunisten in der Regierung saß. Weit abgeschlagen folgte als stärkste Partei mit Solidarność-Tradition die Demokratische Union (10,6%). Die meisten katholisch-patriotischen und Rechtsparteien scheiterten an der Fünf-Prozent-Hürde bzw. Sieben-Prozent-Hürde für Wahlbündnisse.

Für die Wahlentscheidung der Bürger spielten die weltanschaulichen Fragen, die mit dem komplizierten Prozeß der Selbstbestimmung der Rolle von Kirche und Religion im demokratischen Staat verknüpft waren, nur eine untergeordnete Rolle.

Seit Anfang 1991 hatten diejenigen Parteien eine Schlüsselrolle bei der Regierungsbildung (die Kabinette von Bielecki, Olszewski und Suchocka) und parlamentarischen Mehrheitsbeschaffung inne, die sich als Verteidiger christlicher Werte profilierten und die Kirche für ihre Parteiinteressen zu instrumentalisieren suchten. Das hatte zusammen mit einer verfehlten "Politik" von Teilen des Episkopats und des niederen Klerus zu dem Mißverständnis geführt, Polen sei auf dem Wege zum Glaubensstaat und die katholische Bevölkerung betrachte das Treiben der "christlichen" Parteien mit Wohlgefallen. Kirchenkritische Kräfte in Polen warnten fast hysterisch vor den Gefährdungen der neuen Freiheiten durch einen angeblich aggressiven Klerikalismus und mediale Omnipräsenz des Kirchlichen.

Die Wähler waren bei der Gewichtung ihrer Entscheidungskriterien jedoch nicht für "weiche" Themen wie "christliche Werte" zu gewinnen, die von den "katholischen" Parteien bei Vernachlässigung überzeugender programmatischer Aussagen zu den "harten" Themen (Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik) in den Vordergrund ihres Wahlkampfes gestellt worden waren. Schließlich ging es den Hauptmatadoren dieser Parteien auch weniger um ethische Prinzipien als um moralische Diskreditierung und Demontage der Regierungsparteien. Den Politikern von UD und KLD wurde Kumpanei mit den Postkommunisten, Mißwirtschaft, Korruption und Diebstahl am Volkseigentum

vorgeworfen. Die nationalen und "katholischen" Parteien hatten sich UD und KLD zu Hauptgegnern auserkoren, nicht die Sozialdemokratie mit ihrer kommunistischen Vergangenheit.

Die katholische Kirche selbst, insbesondere der Episkopat, hatte aus den Fehlern in den vorhergehenden Wahlkämpfen (Präsidentenwahlen 1990, Parlamentswahlen 1991) und in innenpolitischen Streitfragen (Wertediskussion in Verbindung mit "katholischen Parteien") die Konsequenzen gezogen und sich demonstrativ zurückgehalten. Autorisierte Wahlempfehlungen gab es diesmal nicht. Der mißglückte Versuch des Danziger Erzbischofs Goc³owski, in seinem Hause eine Koalition katholischer Mitte-Rechts-Parteien zu schmieden, hatte bereits für Irritationen gesorgt.

Da die katholische Kirche keiner politischen Partei ihre Sympathie öffentlich bekundet hatte, mußte sie sich nach den Wahlen auch nicht unmittelbar als Mitverliererin fühlen, wie es 1991 der Fall war, als die Katholiken empfohlenen Parteien nur ungefähr 25% der Stimmen auf sich vereinigen konnten. Die Kirche distanzierte sich auffallend vom aktuellen politischen Geschehen, und der Sekretär des Episkopats, Bischof Tadeusz Pieronek, sagte nur kurz: "Parteien haben verloren, das ist ihr Problem".¹

Im Kommuniké der 264. Sitzung der Bischofskonferenz heißt es dazu: "Das Ergebnis dieser Wahlen kann man nicht in den Kategorien von Sieg oder Niederlage begreifen; sind sie doch Ausdruck des Willens des Teils der Gesellschaft, der seinen Willen in einer allgemeinen Abstimmung ausgedrückt hat".² Die Schelte galt in dem Kommuniké vor allem den Nichtwählern.

2.5 Präsidentenwahlen 1995

Seit dem Antritt der Regierungskoalition aus postkommunistischer SLD und PSL im Oktober 1993 war das Verhältnis der katholischen Kirche zu der neuen Machtkonstellation voller Vorbehalte. Abgesehen von der grundsätzlichen weltanschaulichen Distanz zu dem linken Bündnis (SLD) und dessen politischen Vorgängern in der PZPR, begründete vor allem dessen ablehnende Position zur Ratifizierung des Konkordats die Haltung der Kirchenhierarchie. Die SLD hatte mit ihrer Ankündigung, die Konkordatsratifizierung abzulehnen, im Wahlkampf um Stimmen geworben. Bei zahlreichen Gelegenheiten machten katholische Bischöfe und der Primas aus ihren politischen Präferenzen keinen Hehl. Und je näher der Termin der Präsidentenwahlen rückte, um so schwerer fiel es den Bischöfen, sich den selbstgesetzten Richtlinien entsprechend zu verhalten, die sie davon abhalten sollten, die Mündigkeit und Gewissensfreiheit der Gläubigen in Zweifel zu ziehen und kaum camouflierte Wahlempfehlungen auszugeben.

Grundsätzliche Äußerungen von Kirchenleuten über die politische Zurückhaltung der Kirche fanden in der politischen Wirklichkeit keine Beachtung. Beispielsweise hatte der Generalsekretär der Bischofskonferenz sich mehrfach in diesem Sinne geäußert, beispielsweise im Gespräch mit dem "Tygodnik Powszechny": "Die katholische Kirchenhierarchie beschäftigt sich nicht - zumindest sollte sie es nicht - unmittelbar mit der Politik ... Heute will das die Kirche (Hierarchie) mittelbar tun ... Deshalb werden Priester weder kandidieren noch speziell Propaganda für politische Parteien

¹ Zit.n. Cezary Gawryœ, Koœció³ po zwyciœstwie lewicy (Kirche nach dem Sieg der Linken), in: Rzeczpospolita, 25./26.9.1993.

² Rzeczpospolita, 16./17.10.1993.

machen ..."¹ Ähnlich äußerte sich der als ein Glemp-Nachfolgekandidat gehandelte Bischof von Tarnów, Józef ȳciński, der zu den intellektuellen Köpfen und Neuerern im Episkopat gezählt wird.² Er schrieb in seinem Hirtenwort vom 23. Juli 1995: "Die Kirche will sich in ihrer Mission mit keinem konkreten Politiker und mit keiner Partei verbinden. Sie würde aber diese Mission verraten, wenn sie von der Verkündung allgemeiner Moralgrundsätze Abstand nehmen würde, die das Fundament jeder Gesellschaftsordnung bilden sollten."³ Angefangen mit der direkten Intervention zugunsten des schulischen Religionsunterrichts und personalpolitischer Einmischung in Ministerien (seit 1990) und Armee sprach die Wirklichkeit gegen den Anspruch.

In dem in Tschenstochau am 26. August 1995 verabschiedeten Hirtenwort wurde vor allem vor jenen Inhabern hoher Staatsposten gewarnt, "die in der totalitären Ära höchste Regierungs- und Parteiämter ausgeübt haben". Diese Bewerber böten keine Gewähr, anders als in der Vergangenheit zu regieren, als sie die Nation in Armut geführt und eine dramatische Staatsverschuldung bewirkt hätten. Diese Politiker, so heißt es weiter, sprächen sich heute für den Aufbau eines modernen Staates aus, wobei sich aber die Frage stelle, was sie unter Modernität verstünden: "Ohne Gott? Ohne die Zehn Gebote?" Des weiteren sprachen sich die Bischöfe für einen Kandidaten aus, der die Werte der christlichen Ethik und des Evangeliums verteidige, aber auch Andersgläubige bzw. Nichtgläubige zu respektieren wisse.⁴

Der aussichtsreiche Kandidat der postkommunistischen SLD, Kwaceniowski, der seinerzeit Amtsträger in den letzten PZPR-geführten Regierungen Messner und Rakowski gewesen war, bezog die Warnungen der Bischöfe auf sich. Die Leiterin seines Wahlstabs, Danuta Waniek, zeigte sich über die Äußerungen der katholischen Hierarchie empört. Dagegen paßte das Profil, welches die Bischöfe, die übrigens deutlich für marktwirtschaftliche Reformen plädierten, von einem ihnen genehmen Bewerber für das höchste Staatsamt zeichneten, ziemlich genau auf die Präsidentin der Nationalbank, Hanna Gronkiewicz-Waltz, aus der dem Amtsinhaber Wa³ęsa eine ernstzunehmende Konkurrenz im eigenen politischen Lager erwachsen war. Gronkiewicz-Waltz hatte übrigens bei einer Kür von Präsidentschaftsbewerbern aus rechten und national-katholischen Gruppierungen unter der sachkundigen Leitung des Pfarrers Maj im "Konvent der Hl. Katharina" den Sieg davon getragen, was die Mitbewerber aber nicht davon abhielt, ihre Kandidaturen dennoch aufrechtzuerhalten.

Primas Glemp hatte sich zuvor in seiner Mariä-Himmelfahrts-Predigt vor 150.000 Gläubigen auf dem "Hellen Berg" (Jasna Góra) noch weiter exponiert, als er die polnischen Katholiken nicht nur aufforderte, unbedingt an den Wahlen teilzunehmen, also eine staatsbürgerliche Pflicht zu erfüllen. Er nannte es ebenso die Pflicht eines jeden Katholiken, eine Person in das höchste Staatsamt zu wählen, die ehrenhaft sei, die Prinzipien der christlichen Lebensweise achte und nicht versuche, Polen Werte überzustülpen, die dem katholischen Land fremd seien.⁵

Glemp weiter: "Es gibt zwei Methoden, wie ein ärmeres Land in die Gemeinschaft reicher Länder

¹ Bogos³awieñstwo wolnoœci (Segen der Freiheit), in: Tygodnik Powszechny, Nr. 13, 26.3.1995.

² Siehe: Cezary Gmyz, Filozof na prowincji (Philosoph in der Provinz), in: ȳycie Warszawy, 29.8.1995.

³ Gazeta Wyborcza, 22.-23.7.1995.

⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.8.1995.

⁵ Ebenda.

aufgenommen werden kann. Die erste: Wenn das arme Land mit seinem Charakter, seiner Persönlichkeit und seinem Fleiß imponiert. Die zweite: Wenn es seinen Charakter, sein Äußeres und seinen Lebensstil gegen den obligatorischen Frack oder Jeansanzug eintauscht und alles das nachahmt, was die Reichen vormachen". War mit dem Jeansanzug der Präsidentschaftskandidat der Freiheitsunion von Leszek Balcerowicz und Tadeusz Mazowiecki, der legendäre Jeansträger Jacek Kuroń gemeint? Abgesehen davon, daß der Primas hiermit ein einerseits mythisch idealisiertes, andererseits erschreckend hinterwäldlerisches Polenbild und karikaturhaftes Bild des Westens zeichnete, nahm er seine Rede auch zum Anlaß, die Pilger mit ungewöhnlich deutlichen Worten vor einem EU-Beitritt Polens zu warnen. Die Länder Westeuropas trachteten danach, die Länder Ostmitteleuropas so zu schwächen, daß sie nach einem Beitritt den reicheren Ländern nicht gefährlich werden könnten - "besonders nicht mit ihrem geistigen Potential". Heute gebe es ganz andere Mittel, andere Länder zu unterwerfen als militärisches Eingreifen.¹

Der Erzbischof von Danzig, Tadeusz Goc³owski, bekannte in einem Interview mit dem Danziger Radio "Arnet", daß er für den Menschen stimmen wolle, der sich in seinem persönlichen Leben und bei der Ausübung seines Präsidentenamtes von den universellen, darunter den christlichen Werten leiten lasse. Solche Ansichten habe der jetzige Präsident. Weiter sagte Goc³owski: "Ich verstehe die Polen nicht, die für einen Kandidaten stimmen wollen, der für das System der Unfreiheit mitverantwortlich ist."² Und in der vom Primas favorisierten und von der Hierarchie kontrollierten einzigen katholischen Tageszeitung "S³owo" veröffentlichte der Priester Jerzy Bajda einen Beitrag unter dem Titel "Achtung - Faschismus", in dem er Kwac³eniewski mit einem "Hitleristen" verglich.³

Derweil nahm der Episkopat in seinem "Wort zu öffentlichen Angelegenheiten" am 16. September 1995 nochmals Stellung zu den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen. Er rief dazu auf, an den Wahlen teilzunehmen und die Stimme nur einem Kandidaten zu geben, der "ein hohes moralisches Niveau" verkörpere, die "grundlegenden und unveräußerlichen Rechte des Menschen auf Leben, von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod", achte und sich "allem Polnischen" verbunden fühle. Die Bischöfe gaben keine unmittelbare Empfehlung zugunsten eines Kandidaten. Die Auswahl sei eine Gewissensentscheidung der Gläubigen. Andererseits ließen sie keinen Zweifel daran, daß die Ermahnung darauf zielte, die Vorherrschaft postkommunistischer Kräfte im Staate zu verhindern. Und sie riefen in dem kirchennahen Lager zum Verzicht der Konkurrenten zugunsten des aussichtsreichsten Kandidaten auf⁴. Bischof Pieronek schloß nicht aus, daß die Bischöfe nach dem ersten Wahlgang ein weiteres Mal Stellung nehmen.⁵

Hervorzuheben ist, daß aus den beiden Hirtenbriefen von August und September einfacher herauszulesen ist, wen ein Katholik nicht wählen sollte als eine positive Entscheidung für den Amtsinhaber Wa³³sa oder die demonstrativ fromme Nationalbankpräsidentin Gronkiewicz-Waltz (oder den chancenlosen Jan Olszewski). Nur kam sonst niemand von den übrigen Bewerbern für die Kirche in Frage, insbesondere nicht der Kandidat der Freiheitsunion, Jacek Kuroń (Elbings Bischof

¹ Stuttgarter Zeitung, 25.8.1995.

² _ycie Warszawy, 25.10.1995.

³ S³owo-Dziennik katolicki, 26.10.1995, zit.n. Gazeta Wyborcza, 28.-29.10.1995. - Im Polnischen ist für den Begriff "Nazi" das Wort "Hitlerist" gebräuchlich.

⁴ Wortlaut in: Gazeta Wyborcza, 18.9.1995.

⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.9.1995.

Andrzej Ęliwiński: "Erbe des bolschewistischen Totalitarismus" ¹).

Einzelne Bischöfe konnten sich in den letzten Wochen vor dem ersten Wahlgang am 5. November noch weniger zurückhalten. Bischof Ęyciński verurteilte die Kritik Kwaĉniewskis an der Wahlpropaganda katholischer Geistlicher in einem Interview mit "La Stampa" und nannte sie schlimmer als Hetzreden zu Zeiten des Kirchenkampfes von Gomu³ka.² Und der sich sonst eher gemäßigt äußernde Bischof Pieronek meinte über die Postkommunisten: "Es ist bekannt, daß es Gangs gelingt, sich sehr gut zu organisieren. Die Verbrecherwelt ist immer hervorragend organisiert. Aber daraus ist doch überhaupt nicht der Schluß zu ziehen, daß man sie unterstützen sollte."³ Der Bischof von Sandomierz, Edward Frankowski, behauptete in einer Predigt, zwei SLD-Abgeordnete hätten zum Mord an Priestern aufgerufen,⁴ ohne den Vorwurf mit Namen belegen zu können.⁵

Im letzten Moment schien die katholische Kirche aber zu bemerken, daß sie die Geister der Konfrontation, die sie gerufen hatte, nicht mehr los wurde und den Boden für hemmungslose Tiraden in katholisch-integristischen und zugleich nationalistisch-rassistischen Medien wie dem landesweit sendenden "Radio Maryja" bereitet hatte. Die Medienkommission der Bischofskonferenz warf daraufhin mehreren katholischen Medien vor, mit der Verbreitung von Unwahrheit und Verleumdungen in den Wahlkampf einzugreifen. Sie verwies auf "antisemitische Stereotypen", die von katholischen Medien propagiert würden, die einige Kandidaten wegen ihrer Vergangenheit anprangerten.⁶ Was anderes hatten polnische Bischöfe und Pfarrer in den letzten Monaten getan? Bischof Pieronek gab sich in einem Interview zwei Wochen vor den Präsidentschaftswahlen auch wieder etwas versöhnlicher gegenüber dem SLD-Kandidaten Kwaĉniewski: "Diesen Menschen schätze ich persönlich hoch und meine, daß er nicht die volle Verantwortung für das trägt, was in seinen Reihen geschieht."⁷ Das bedeutendste Dokument einer Besinnung war aber die am 19. Oktober veröffentlichte Erklärung der katholischen Bischöfe "Über die Notwendigkeit von Dialog und Toleranz unter den Bedingungen des Aufbaus der Demokratie"⁸. Die Verabschiedung war zweimal mit verschiedenen Begründungen verschoben worden, was Anlaß zu Spekulationen über Meinungsverschiedenheiten in der Sache gegeben hatte.⁹

¹ Gazeta Wyborcza, 10.10.1995.

² Gazeta Wyborcza, 19.9.1995.

³ KAI, 6.9.1995, zit.n. Polityka, Nr. 37, 16.9.1995.

⁴ Gazeta Wyborcza, 2.10.1995.

⁵ Gazeta Wyborcza, 5.10.1995.

⁶ Süddeutsche Zeitung, 25.10.1995.

⁷ Rzeczpospolita, 21.-22.10.1995.

⁸ Wortlaut in: Tygodnik Powszechny, Nr. 45, 5.11.1995; Jerzy Turowicz, Dialog i tolerancja (Dialog und Toleranz), in: Tygodnik Powszechny, Nr. 44, 29.10.1995.

⁹ Siehe Mirosław Usidus, Zjednoczeni w sprawach ważnych (Bei wichtigen Dingen vereint), in: Rzeczpospolita, 29.6.1995.

3. Die katholische Kirche und das Instrument von Recht, Gesetz und Verfassung

3.1 Einführung des schulischen Religionsunterrichts

In dem Gesetz über die Beziehungen zwischen Staat und Kirche vom 17. Mai 1989 erkannte der Staat das Recht von Eltern und Erziehungsberechtigten auf religiöse Erziehung der Kinder und Jugendlichen an. Seinerzeit bestand die Kirche nicht auf einer Rückkehr in die Schulen, aus denen der Religionsunterricht 1961 verwiesen worden war.

Auf ihrer 240. Plenarsitzung (30.4.-2.5.1990) forderten die katholischen Bischöfe Polens dann die "volle Rückkehr des Religionsunterrichts an den Schulen und zu diesem Zwecke eine Garantie in der Verfassung und im nationalen Erziehungsgesetz".

Die Bischöfe zeigten sich besorgt um einen nach ihrer Auffassung falschen Gebrauch der Freiheit bei der Jugend. Aus diesem Grund drängten sie auf religiöse Unterweisung an den Schulen. Schule zähle zu der "integralen Erziehung des Menschen", aus der die religiöse Dimension nicht auszuklammern sei. Primas Glemp unterstrich in diesem Zusammenhang, daß die katholische Kirche nicht das exklusive Recht auf religiöse Erziehung beanspruche und dieselben Rechte allen religiösen Bekenntnissen garantiert werden müßten.¹

Der Vorstoß des Episkopats wurde von der Regierung Mazowiecki und dem Erziehungsministerium ursprünglich reserviert aufgenommen. Die stellvertretende Erziehungsministerin Anna Radziwi³³, selbst Mitglied des "Klubs der katholischen Intelligenz" (KIK), wurde mit der Bemerkung zitiert, daß das Ministerium die Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts für "völlig unangemessen" halte. Sie argumentierte, daß ein solcher Schritt potentiell spaltend wirke und Spannungen in der Schule verursachen könne. Religion würde zu einem Pflichtfach neben anderen degradiert. Zudem sei es "gefährlich, Religionsunterricht in ein System einzufügen, das auf hierarchischen Beziehungen" beruhe.²

In der Öffentlichkeit war das Echo ebenfalls eher skeptisch. Selbst prominente Katholiken befürchteten Schikanen gegen nichtkatholische Mitschüler und ein zu enges Zusammengehen von Kirche und Staat. Katholische Publizisten warnten vor der Versuchung, die Stellung der katholischen Kirche und des Glaubens zu stark mit der Macht des Gesetzes zu verquicken.

Allgemein war erwartet worden, daß die Entscheidung in einer so grundsätzlichen Frage im Parlament fallen würde. Um so größer war die Überraschung, als das Erziehungsministerium am 2. August 1990 - mitten in den Schulferien - per Erlaß die Wiedereinführung des schulischen Religionsunterrichts zum 1. September 1990 verfügte. Der Erlaß trug die Handschrift des Episkopats, denn der Kirche wurde exklusiv die Bestimmung über den Lehrinhalt zugestanden. Die "Instruktion über die Rückkehr des Religionsunterrichts in die Schule im Schuljahr 1990/91", die eine Probezeit von einem Jahr bis zur endgültigen gesetzlichen Regelung (im Bildungsgesetz vom 7. September 1991) vorsah, wurde von der Gemeinsamen Regierungs- und Kirchenkommission

¹ Zit.n. Gazeta Wyborcza, 14.5.1990.

² Gazeta Wyborcza, 15.5.1990.

ausgearbeitet. Die Lehrinhalte sollten den Unterrichtsbehörden nur zur Kenntnis gebracht werden, aber nicht deren Kontrolle unterliegen - wie dies beispielsweise in Deutschland der Fall ist. Das Konkordat bestätigte später diese Praxis.¹ Einsetzung und Abberufung der Lehrer ist Sache des Ortsbischofs.

Als Zugeständnis der Kirche konnte man sehen, daß die Einführung des Religionsunterrichts formell der Entscheidung von Eltern und Schülern oblag, die Religionslehre also rein rechtlich nicht zum Pflichtkanon gehörte. Praktisch war der soziale Druck zur Teilnahme am Religionsunterricht in den kirchlichen Räumen (Katechetische Punkte) in der Vergangenheit schon so stark gewesen, daß mit einer zumindest gleich starken sozialen Kontrolle (Priester, Lehrer, Mitschüler) in der Schule zu rechnen war, die schichten- und agglomerationsspezifisch unterschiedlich sein konnte. Schließlich ist zu bedenken, daß auch vor der Einführung des schulischen Religionsunterrichts die Teilnahme an der kirchlichen Katechese überwältigend groß war. In der Warschauer Erzdiözese nahmen beispielsweise Mitte der achtziger Jahre 95% der Grundschüler, 75% der Gymnasiasten und immerhin 60% der Berufsschüler an der Katechese teil.²

Für das Verhalten von Ministerpräsident Mazowiecki, der doch das "Regieren per Dekret" ausdrücklich abgelehnt hatte, war wohl ausschlaggebend, daß er einen offenen Konflikt mit den Bischöfen zu vermeiden suchte. In der politischen Auseinandersetzung mit dem Wa³sa-Lager konnte ihm das nur schaden. Der gläubige Katholik Mazowiecki meinte, sich keinen Streit mit der katholischen Hierarchie leisten zu können. Die katholische Kirche als politische Kraft mit der längsten Erfahrung mit der Soziotechnik der Macht vergaß nie die "Jugendsünden" ihrer gläubigen Anhänger (Mazowiecki)³ und derer politischen Weggefährten (Erziehungsminister Samsonowicz, Fraktionsvorsitzender Geremek, Arbeitsminister Kuroń u.a.) und nutzte die Schwäche der Regierung, ohne die Willfährigkeit Mazowieckis zu "belohnen".⁴

Die Wiedereinführung des katholischen Religionsunterrichts an staatlichen Schulen wurde von den Mitgliedskirchen des Polnischen Ökumenischen Rats mit Skepsis aufgenommen. Schließlich waren sie in der Angelegenheit nicht konsultiert worden. In einem Kommuniqué äußerte sich der Rat besorgt über den "immer deutlicher werdenden Mangel an politischer Kultur und Toleranz" in Polen.⁵

Der Bürgerrechtsbeauftragte Tadeusz Zieliński ließ die Verfassungsmäßigkeit der Instruktionen des Erziehungsministeriums zum Religionsunterricht überprüfen. Das Verfassungstribunal bestätigte in einigen Punkten die Verfassungsklage des Ombudsmanns, woraufhin einige Richtlinien korrigiert werden mußten. Hier soll nicht die inhaltliche Kontroverse interessieren, sondern die Reaktion des

¹ Siehe auch Roman Graczyk in seiner Entgegnung an den geistlichen Professor Józef Krukowski, in: Tygodnik Powszechny, Nr. 8, 19.2.1995.

² Janusz Mariański, Religijność w procesie przemian. Szkice socjologiczne (Religiosität im Prozeß des Wandels. Soziologische Skizzen), Warszawa 1991, S. 279.

³ Mazowiecki war Anfang der fünfziger Jahre Mitglied der prosozialistischen und regimetreuen PAX-Bewegung des Bolesław Piasecki.

⁴ Siehe den aufschlußreichen Bericht des damaligen Staatssekretärs im Erziehungsministerium, Wiktor Kulerski, im Gespräch mit Teresa Torańska, in: Teresa Torańska, My (Wir), Warszawa 1994, hier S. 194ff. Auch der ehemalige Chef des Ministerratsamtes unter Hanna Suchocka, Jan Maria Rokita, berichtete über von einigen Bischöfen hartnäckig vorgetragene Vorschläge für Stellenbesetzungen, in: Gazeta Wyborcza, 23.1.1995.

⁵ Kathpress, 6./9.8.1990.

obersten Repräsentanten der polnischen Katholiken, die die Sorgen des Ökumenischen Rates zu bestätigen schien: Primas Glemp forderte die Absetzung des Bürgerrechtsbeauftragten. Die katholische Kirche stellte sich hiermit nicht nur aufs neue als Partei in einem politischen Streit dar, sondern verkündete einen eigenen Katalog der Pflichten und Kompetenzen des Bürgerrechtsbeauftragten. Kardinal Glemp kritisierte scharf den Standpunkt des Ombudsmanns in der Sache und ebenso das Urteil des Verfassungstribunals. In einer Ansprache sagte Glemp, daß "die Tendenz, Rechtsvorschriften über moralische Grundsätze zu stellen, unverständlich und sonderbar ist... Das Recht ist solange legitim und ordnungserhaltend, wie es gerecht und verständig ist...".

Diese Erklärung schließt insoweit die Möglichkeit einer Übereinkunft aus, als sie die Forderung der Kirche nach der Identität von moralischen und rechtlichen Normen beinhaltet, wobei die Kirche bestimmt, was moralisch ist. Daraufhin erwiderte der Bürgerrechtsbeauftragte: "In ideologisch differenzierten Gesellschaften existiert ein Dualismus zwischen Moralität und Recht, ja sogar ein Pluralismus von Normsystemen. Recht und Moralität sind in Demokratien grundsätzlich gesonderte Wertsysteme, mit unterschiedlichen Kennzeichen und unterschiedlichen Aufgaben".¹

In der aufgeheizten Konkordats- und Verfassungsdiskussion Anfang 1995 ließ Primas Glemp nochmals sein Rechts- und Demokratieverständnis erkennen, als er in einer Erklärung u.a. verlauten ließ: "Sich sehr stark auf den Buchstaben der Verfassung, auf die Demokratie zu berufen ist in der Entwicklung einer Gesellschaft nicht immer ein Element der Dynamik der Entwicklung".²

3.2 Abtreibungsgesetzgebung

Die ersten Vorstöße zu einer Reform bzw. völligen Umformulierung der Abtreibungsgesetzgebung liegen weiter zurück als die öffentliche Auseinandersetzung um den Religionsunterricht. Mit dem Gesetz von 1956 wurden die Bedingungen für einen zulässigen Schwangerschaftsabbruch durch eine Fristenregelung festgelegt. Polens katholische Kirche hatte dieses Gesetz in offiziellen Erklärungen seit vielen Jahren als Produkt eines atheistischen Regimes abgelehnt, ebenso wie die obligatorische Zivilehe im Jahre 1946 und die gesetzliche Regelung der Ehescheidung.

Unmittelbar im Systemwechsel 1989 wurde noch in dem alten, kommunistisch dominierten Sejm von 76 katholischen Abgeordneten aus allen damals von Gnaden der PZPR im Parlament vertretenen Parteien und Gruppierungen am 10. Mai 1989 eine Gesetzesvorlage "Über den Schutz des ungeborenen Lebens" eingebracht. Sie löste im Frühjahr 1989 eine öffentliche Diskussion auf niedrigem Niveau aus, die das "Solidarność"-Lager im Wahlkampf zu spalten drohte. Deshalb wurde die Abtreibungsdiskussion in stiller Übereinkunft auch mit der katholischen Kirche aus der heißen Phase des Systemwechsels, d.h. dem Wahlkampf für den sog. Kontrakt-Sejm vom Juni 1989, herausgehalten.

Nach den Wahlen griff die neueingerrichtete zweite Kammer, der Senat, im Dezember 1989 die alte

¹ Zit.n. Aleksandra Dukaczewska, Niektóre aspekty stosunków między kościołem a państwem i społeczeństwem w okresie transformacji ustrojowej (Einige Aspekte der Beziehungen zwischen Kirche, Staat und Gesellschaft im Zeitraum der Systemtransformation), in: Studia Socjologiczne, Nr. 2, 1994, S. 81-98, hier S. 92; vgl. auch Wojciech Pawlik, The Church and Its Critics: The Spell of the Polish Ombudsman, in: Polish Sociological Review, Nr. 1, 1995 S. 31-45.

² Polityka, Nr. 6, 11.2.1995.

Sejminitiative wieder auf. In den befaßten Senatskommissionen wurde der Entwurf modifiziert und dann dem Sejm zugeleitet, der seine Arbeit an dem Gesetz nicht mehr abschließen konnte, nachdem für Oktober 1991 Neuwahlen ausgeschrieben worden waren. Der am 27. Oktober 1991 erstmals freigewählte Sejm mußte die Arbeit an der Abtreibungsgesetzgebung fortsetzen.

Am 7. Januar 1993 verabschiedete der Sejm in dritter Lesung mit deutlicher Mehrheit (213 Ja-, 171 Nein-Stimmen, 29 Enthaltungen) ein Antiabtreibungsgesetz, das vom Senat am 29. Januar 1993 mit einer Stimme Mehrheit gebilligt und von Präsident Wałęsa am 16. Februar 1993 unterschrieben wurde. Es entsprach weder den Wünschen der "Fundamentalisten" noch den Vorstellungen der "Liberalen", wenn es auch ersteren weit entgegenkam.

Obwohl es in Polen politische und gesellschaftliche Kräfte gab, die weiterhin eine Fristenregelung forderten, standen in den letzten Monaten vor der Abstimmung doch im wesentlichen die Gesetzesentwürfe für ein generelles Abtreibungsverbot (mit einer Ausnahme) und für eine erweiterte Indikationslösung einander gegenüber.

Die polnischen Bischöfe hatten in einem am 2. Mai 1992 veröffentlichten Kommuniqué ihrerseits von neuem das Problem des rechtlichen Schutzes des ungeborenen Lebens thematisiert und "beklagen die zahlreichen Versuche der Manipulierung der öffentlichen Meinung..." Diese Manipulationen hätten zum Ziel, aus der ganzen Sache ein Problem der Pönalisierung zu machen und die Aufmerksamkeit von der wesentlichen Aufgabe abzulenken, nämlich das Lebensrecht der ungeborenen Menschen zu garantieren.¹

Damit verwarnten sich die Bischöfe zwar gegen den parteipolitisch motivierten Stil der Auseinandersetzungen und die einseitige Konzentration auf das Strafrecht, die von den eigentlichen Fragen christlicher Ethik und Morallehre ablenkte. Aber letzten Endes konnte die Kirche der Versuchung nicht widerstehen, direkt auf bestimmte sich katholisch oder christlich nennende Parteien zu setzen. In dem Hirtenwort vom 27. November 1992 wurden ausdrücklich die Parlamentarier unterstützt, "die sich für die Sicherstellung des rechtlichen Schutzes des Lebens jedes empfangenen Kindes einsetzen".²

Seit März 1993 werden Abtreibungen in Polen grundsätzlich mit bis zu zwei Jahren Haftstrafe belegt, wobei allerdings nicht die Frau, sondern der die Abtreibung vornehmende Arzt belangt wird. Zugleich wurden in Abmilderung des Gesetzesentwurfs der ZChN und des von der Sonderkommission des Sejm empfohlenen äußerst restriktiven Entwurfs³ medizinische, eugenische und kriminologische Indikationen eingeführt, bei deren Vorliegen der Arzt keine Straftat begeht. Dementsprechend und wegen des Protests der Christlich-Nationalen wurde der ursprüngliche Titel von "Gesetz zum Schutz des empfangenen Lebens" in "Gesetz über Familienplanung, den Schutz der menschlichen Leibesfrucht und die Zulässigkeit des Schwangerschaftsabbruchs" abgeändert.

Außer der prinzipiellen Straffreiheit der Frau sieht das Gesetz die Möglichkeit vor, daß das Gericht in besonders begründeten Fällen von einer Bestrafung des Arztes absehen kann. Seit Inkrafttreten des Gesetzes sind Abtreibungen in Privatpraxen oder -kliniken verboten und dürfen nur in öffentlichen

¹ Zit.n. Gazeta Wyborcza, 4.5.1992.

² S³owo Powszechno, 30.11.1992.

³ Wortlaut in: S³owo Powszechno, 27.-29.11.1992.

Einrichtungen des Gesundheitswesens durchgeführt werden.

In das Gesetz wurden flankierende Maßnahmen aufgenommen, die ebensowenig wie die Indikationsregelung den Vorstellungen des Episkopats sowie der christlich-nationalen Politiker entsprachen. Der Bildungsminister wurde verpflichtet, in die Schulcurricula den Sexualkundeunterricht unter Einbeziehung der "Prinzipien einer bewußten und verantwortlichen Elternschaft" einzuführen, eine Formel, die der konservativen katholischen Sexualmoral widerspricht, da sie eine Form von Familienplanung darstellt.

Vor der Abstimmung über das Gesetz hatte der Sejm einen Antrag auf Durchführung eines Referendums zur Abtreibungsfrage abgelehnt (mit 225 zu 177 Stimmen). Mit der Ablehnung des Antrags von ZChN, Zentrumsallianz und anderen "katholischen" Parteien, die abtreibende Frau zu bestrafen, war immerhin ein Ziel der Referendumsbefürworter erreicht worden.

Ein kritisches Verhältnis der katholischen Hierarchie zur Demokratie vom Standpunkt des Naturrechts läßt sich gerade im Zusammenhang mit der Referendumsdiskussion aufzeigen. Hier wurde das Prinzip der Mehrheitsentscheidung in Frage gestellt, weil es zur Einführung von Gesetzen führen kann, die vom kirchlichen Standpunkt aus nicht der von Gott gesetzten Naturordnung entsprechen. Im "Aufruf der polnischen Bischöfe über die Volksabstimmung zum Thema des Lebens der Ungeborenen" vom 2. Mai 1991 hieß es u.a.: "Es bestehen... Rechte, die nicht vom Menschen festgesetzt wurden und die er darum auch nicht ändern darf. Die Grundlage dieser Rechte ist das unveräußerliche Recht auf Leben, eben von der Empfängnis an. ... Über dieses Recht darf man kein Referendum vorschlagen. ... Die Abstimmung über die Legalisierung der Zerstörung des menschlichen Lebens bricht nicht nur Menschenrecht, sondern greift geradezu die ganze Naturordnung an..."¹

Dagegen gab der bekannte Krakauer Theologe und Philosoph Józef Tischner zu bedenken: "Der Streit um die Abtreibung gab einen besonderen Anlaß zu Angriffen gegen die Demokratie. Es wurde ein Spruch geprägt: 'Abtreibung ist das Maß der Demokratie', dessen Sinn doppelbödig war. Entweder meinte man, daß in einer demokratischen Gesellschaft nur durch Aufklärung ethischer Fortschritt erzielt werden kann oder daß an die Demokratie deshalb eine Absage erteilt werden muß, weil sie grundsätzlich Abtreibung zuläßt. Ganz offenbar gewann die letztere Deutung die Oberhand. Der liberalen Demokratie wurde unterstellt, daß sie ein 'zweites Auschwitz' vorbereite. Obschon derartige Angriffe nicht explizit eine Akzeptanz des Totalitarismus bedeuteten, so erschien dieser als die einzige Alternative. Es wurde das Bild eines Staates gezeichnet, der im Namen der 'christlichen Werte' in die intimsten Bereiche des Menschen eingreift."²

Die Parlamentsmehrheit stand sowohl mit ihrer Ablehnung eines Referendums als auch mit der Abtreibungsregelung selbst im Widerspruch zu einer breiten Mehrheit der Bevölkerung. Nach mehrfach durchgeführten repräsentativen Meinungsumfragen sprachen sich ungefähr drei Viertel der Befragten

¹ Zit.n. Zbigniew Stawrowski, Das Verhältnis der Kirche zur Demokratie in Polen 1989-1993, in: Spieker (Hrsg.), Nach der Wende, S. 197-208, hier S. 202. Weiter heißt es: "Eventuelle Zulassung dieser Abstimmung könnte folgerichtig zu anderen nichtswürdigen Taten führen, z.B. zur Euthanasie... Die radikalste Form das Lebensrecht in Anlehnung an die oben angeführten Kriterien in Frage zu stellen, waren - wie wir wissen - die Konzentrationslager..."

² Józef Tischner, Das Arbeitsethos in Polen. Probleme vor und nach der Wende, in: ebenda, S. 237-249, hier S. 245.

weitgehend konstant für ein Referendum aus. Sogar die Anhänger der ZChN befürworteten zu fast 60% ein Referendum.¹ Seit Anfang der neunziger Jahre blieb die Zustimmung für eine liberale Indikations- bzw. Fristenlösung in der erwachsenen polnischen Bevölkerung bei ca. 65-70%. Umfragen, die unmittelbar nach dem Papstbesuch in Polen im Juni 1991 durchgeführt worden waren, ließen keinerlei Veränderung in der Einstellung zur Abtreibungsproblematik erkennen, obwohl der Papst zur Diskussion über das ungeborene Leben sehr deutlich Stellung bezogen hatte.²

Nach den Parlamentswahlen vom 19. September 1993 gab es im Sejm eine Initiative, das neue Abtreibungsgesetz zu modifizieren, die am Veto des Präsidenten scheiterte. Das Gesetz blieb in seiner ursprünglichen Fassung in Kraft.

3.3 Kirche und Konkordat

Nach der einseitigen Aufhebung des Konkordats durch die polnische Regierung im September 1945 dauerte es bis zum 17. Juli 1989, bis die diplomatischen Beziehungen zwischen Polen und dem Heiligen Stuhl wiederhergestellt wurden, und nochmals vier Jahre, bis am 28. Juli 1993 das Konkordat vom amtierenden polnischen Außenminister Krzysztof Skubiszewski und dem Apostolischen Nuntius in Polen unterzeichnet wurde. Über zwei Jahre liegt es nun zur Ratifizierung an. Es wurde zwar noch von der Regierung Suchocka - als eine ihrer letzten Amtshandlungen - und dem Heiligen Stuhl unterschrieben, konnte aber wegen der Auflösung des Sejm vor den Wahlen 1993 nicht mehr ratifiziert werden.

Die Unterzeichnung des Konkordats löste in Polen eine heftige öffentliche Debatte aus. Auf der einen Seite standen die katholische Hierarchie, die im Herbst 1993 in die Opposition verwiesenen Parteien der Mitte und der Rechten und katholische Kirchenrechtler, auf der anderen Seite Verfassungsrechtler und Parlamentarier von der Linksallianz (SLD) und der Arbeitsunion (UP), die einen ausgesprochen antiklerikalen Wahlkampf geführt hatte, sowie der kirchenferne kleinere Flügel der Bauernpartei (PSL) und weltanschaulich (nicht ökonomisch) liberale Abweichler aus der Demokratischen bzw. Freiheitsunion (UD/UW).

Das Konkordat geht von der gegenseitigen "Unabhängigkeit und Autonomie" von Staat und Kirche aus.³ Die Ernennung von Bischöfen gehört zum exklusiven Vorrecht des Vatikans, gegen die der Staat allerdings seine Vorbehalte geltend machen kann. Der Staat verpflichtet sich im Konkordat, in den öffentlichen Kindergärten und Grundschulen Religionsunterricht im allgemeinen Lehrkanon zu garantieren. Andererseits werden die Religionslehrer der Schulbehörde und den staatlichen Vorschriften untergeordnet. Kirchliche Trauungen sollen der standesamtlichen Trauung zivilrechtlich gleichgestellt werden. Das Konkordat garantiert die Unverletzlichkeit der katholischen Friedhöfe. Es wurde die Befürchtung laut, daß der Pfarrer einem Nichtkatholiken die Beerdigung verweigern könnte (in einem Land, in dem es fast nur katholische Friedhöfe gibt). Der Staat sagt in der Vereinbarung die Finanzierung der Päpstlichen Theologischen Akademie Krakau zu.

¹ Rzeczpospolita, 5.5.1992.

² Siehe Dieter Bingen, in: Herder-Korrespondenz, Nr. 8, 1991, S. 364 ff.

³ Vgl. kritisch zu den verbleibenden definitiven Unstimmigkeiten über "Unabhängigkeit" und "Autonomie" zugunsten des kirchenfreundlichen Status quo bei Privilegien: Jerzy Wys³ocki, Teologia faktów dokonanych (Theologie der geschaffenen Fakten), in: Wprost, Nr. 14, 2.4.1995.

Kritiker sprachen der Regierung Suchocka das Recht zur Unterzeichnung des Konkordats ab, da sie nach der verlorenen Vertrauensabstimmung im Sejm und dessen Selbstauflösung nur noch als geschäftsführende Regierung amtierte. Den bisherigen Regierungsparteien wurde unterstellt, sie hätten die Verhandlungen eilig abschließen wollen, um sich die Unterstützung der Kirche in den bevorstehenden Wahlen zu sichern bzw. angesichts einer absehbaren Wahlniederlage für eine neue, von der Linksallianz geführte Regierung ein *Fait accompli* zu schaffen. Der ernsthafteste Vorwurf bestand darin, daß das Konkordat in mehreren Punkten im Widerspruch zur gültigen Verfassung stünde.¹ Während die Verfassung die Trennung von Kirche und Staat vorschrieb, sprach das Konkordat von "Unabhängigkeit und Autonomie". Die mehrfach modifizierte Verfassung von 1952/1976 konnte zwar mit Recht als Überbleibsel des Realsozialismus gebrandmarkt werden, aber die Kritiker warfen ein, daß das Konkordat wenigstens nicht der in Arbeit befindlichen neuen Verfassung vorgreifen dürfe.

Die Verteidiger des eingeschlagenen Wegs wiesen die Kritik als trivial und inkonsequent zurück und forderten ursprünglich die Ratifizierung des Konkordats ohne jeden erklärenden Anhang. Sie behaupteten, daß es die Verfassung nicht verletze und daß internationale Verträge fast immer Änderungen in der gültigen Verfassung erforderten. Dazu kamen Argumente, daß die Ablehnung der Ratifizierung einen Affront gegen den Papst bedeute und als eine Kriegserklärung gegen den Heiligen Stuhl gewertet werden könne. Die Rückkehr kommunistischer Praktiken, ein internationaler Skandal und eine Brüskierung des polnischen Episkopats wurden beschworen.²

Die neue Regierungskoalition von Linksallianz und Bauernpartei war sich von Anfang an über die weitere Behandlung des Konkordats nicht einig. Während die SLD anfänglich signalisierte, daß sie gegen das Konkordat stimmen werde,³ war die PSL erst unentschieden, da sie in einen laizistischen und traditionalistischen Flügel gespalten war, tendierte aber schließlich zur Annahme des Konkordats. Angesichts der Entwicklung unmittelbar vor den Präsidentenwahlen im Herbst 1995 ist festzuhalten, daß Präsident Wałęsa das Konkordatsgesetz von Anfang an befürwortete, was in Anbetracht der bis in den Sommer 1995 hinein verfallenden Autorität des Präsidenten für die gesellschaftliche Akzeptanz des Konkordats kaum eine Rolle spielte. Erst mit der Polarisierung der politischen Positionen in der heißen Phase des Wahlkampfes und der Verlagerung der Sympathien im "rechten" Lager von der Nationalbankpräsidentin Gronkiewicz-Waltz auf den Amtsinhaber im September 1995 konnte Wałęsa die Konkordatsratifizierung mit mehr Aussicht auf Erfolg in die innenpolitische Auseinandersetzung hineinbringen.

Die intensive Debatte um das Konkordat dauerte das gesamte Frühjahr 1994 an. Im April kündigte die SLD an, gegen die Ratifizierung zu stimmen, einige Wochen später erklärte die PSL, für das Konkordat zu votieren. Der Ausgang einer Abstimmung im Parlament mußte als völlig offen betrachtet werden. Es sprach aber einiges dafür, daß die Ratifizierung mit einem knappen Stimmenübergewicht gegen den Willen der stärksten Regierungspartei, der SLD, gelingen könnte. Die SLD fürchtete aber sowohl die Spaltung der Koalition als auch einen "Religionskrieg", der ihr

¹ Michał Pietrzak, *Nowy konkordat polski* (Das neue polnische Konkordat), in: *Państwo i Prawo*, Nr. 1, 1994, S. 15-28.

² *Gazeta Wyborcza*, 20.6.1994.

³ *Życie Warszawy*, 29.3.1994.

allerdings mehr als der Kirche schaden würde. Die katholische Kirche hatte zwar an öffentlichem Ansehen verloren, aber bei einer Polarisierung, in der es nur noch um die Wahl "rot" oder "schwarz" ging, war das Mißtrauen gegen die Nachfolger des "Ancien régime" größer als der Überdruß an kirchlichem Einfluß (ein Phänomen, das in der Konkurrenz Kwæeniewski-Wa³æsa exemplarisch sichtbar wurde).

Aus diesem Grunde argumentierte die SLD für eine Verschiebung der Ratifizierung. Die Zeit könne für eine breitere Diskussion im Parlament und außerhalb genutzt werden. Die Linke versuchte verständlich zu machen, daß sie nicht grundsätzlich gegen das Konkordat war, sondern daß es ihr allein darum gehe, die Schlüsselfrage der Beziehungen Staat-Kirche in der neuen Verfassung nicht zu präjudizieren.

Am 1. Juli 1994 stimmte der Sejm mit einer 20-Stimmen-Mehrheit (201:181:13) für eine Verschiebung der Konkordatsratifizierung bis nach der Verabschiedung der neuen Verfassung und beschloß die Einsetzung einer Sonderkommission, die sich mit der Kompatibilität des Konkordats mit dem polnischen Recht und notwendigen Rechtsangleichungen beschäftigen sollte.¹ Die katholische Kirche bezeichnete diese Entscheidung als "Frontalangriff gegen die Kirche"². Primas Glemp verfiel in den militärischen Jargon, wenn er drohte: "Die Kirche will Frieden, aber sie fürchtet nicht den Krieg."³ Wie so oft in den Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre um den Platz der Kirche in einer pluralistischen Gesellschaft entwickelten Bischöfe das Syndrom "der belagerten Festung", verloren die Kontrolle über die Sprache (des Evangeliums) und sahen sich auf einem Schlachtfeld, auf dem nur noch Engel gegen Kräfte der Finsternis (die Linke, Atheisten, Freimaurer, Liberale, Juden usw.) kämpften.

Nach einem Spitzentreffen zwischen Bischof Pieronek und SLD-Chef Kwæeniewski im August 1994 wurden kurzzeitig Gesten des guten Willens zwischen der katholischen Kirche und der SLD-Führung ausgetauscht, um doch einen Weg zu finden, die Ratifizierung des Konkordatsgesetzes vor der Verabschiedung der Verfassung über die Bühne zu bringen. Dann verhinderten aber immer neue Vorwände verfassungsrechtlicher Natur, daß die Konkordatsfrage entschieden wurde.

Der Ombudsman, Prof. Tadeusz Zieliñski, hatte auf Anfrage von SLD-Parlamentariern erklärt, das Konkordat enthalte rechtlich einige Fehler und Gefahren. Es gefährde aber nicht die Glaubensfreiheit und diskriminiere die Bürger nicht aus religiösen Gründen. Zugleich sprach sich der Bürgerrechtsbeauftragte für eine Ratifizierung nach Verabschiedung der neuen Verfassung aus.⁴ Im Dezember 1994 erklärte sich das von Präsident, UW- und PSL-Abgeordneten angerufene Verfassungsgericht in dem Streit um das Konkordat für nicht zuständig. So blieb die SLD-PSL-Koalition unter dem Pawlak-Nachfolger Józef Oleksy damit belastet, wobei der neue Regierungschef in seiner Regierungserklärung (3.3.1995) andeutete, daß man in der Konkordatsfrage noch vor der Verabschiedung der Verfassung zu einer raschen Regelung kommen könnte.⁵

Diese Zuversicht wurde gestützt, als zur allgemeinen Überraschung die Sonderkommission des Sejm

¹ Miros³aw Usidus, 1994 rok koæcio³a (Das Kirchenjahr 1994), in: Rzeczpospolita, 28.12.1994.

² Gazeta Wyborcza, 9./10.7.1994.

³ Gazeta Wyborcza, 5.7.1994.

⁴ Artur Domo³awski, Dwa lata konkordatu (Zwei Jahre Konkordat), in: Gazeta Wyborcza, 13.9.1995.

⁵ Rzeczpospolita, 4./5.3.1995.

mit Mehrheit entschied, daß das Konkordat die gültige Verfassung nicht verletze. Sie empfahl statt dessen die Anpassung der Gesetze über Glaubens- und Gewissensfreiheit, Zivilverfahren und Zivilstandsakten sowie des Familiengesetzes an das Konkordat.¹ Mit ihrem Votum hatte die Sonderkommission unter dem Vorsitz des SLD-Abgeordneten Zbigniew Siemi'rkowski den Bericht seines Unterausschusses zurückgewiesen, der das Gegenteil behauptet hatte.² Der Unterausschuß war im Januar 1995 auf Veranlassung der populistisch-antiklerikalen Izabela Sierakowska einberufen worden, um die Übereinstimmung des Konkordats mit der allseits als völlig veraltet geltenden Verfassung von 1952/1976 und mit der noch gar nicht verabschiedeten neuen Verfassung zu überprüfen.³ Dazu meinte der Nestor der katholischen Publizistik, Jerzy Turowicz: "Eine völlig absurde Situation".⁴

Die unerwartete Empfehlung der Sejmkommission erschütterte die SLD, deren antiklerikaler Flügel bereits durch die kompromißbereite Haltung des bisherigen Sejmmarschalls und dann Premiers Oleksy und des Parteivorsitzenden Kwaœniewski desorientiert und aufgebracht war.⁵ Die Parteiführung war hin- und hergerissen zwischen den Erwartungen ihrer Fraktionsmehrheit und Wähler - die man an die antiklerikale UP verlieren konnte - und dem Interesse, mit der Kirche zu einer Einigung zu gelangen, um eine Niederlage im anstehenden Verfassungsreferendum zu vermeiden und das Engagement der Kirche im Präsidentenwahlkampf zugunsten Wa³êsas zu dämpfen.⁶ Zwischenzeitlich kündigte Kwaœniewski, unter dem Druck der eigenen Partei, seine Ablehnung des Konkordats in der gegenwärtigen Form an.⁷ Um die Konfusion in der Regierungskoalition über das weitere Procedere noch zu vergrößern, brachte die PSL gleichzeitig einen Antrag im Sejm ein, das Konkordat vor der Verfassungsverabschiedung zu behandeln. Der Antrag wurde am 29. März 1995 mit 16 Stimmen Mehrheit abgelehnt. In derselben Sitzung weigerte sich der Sejm mit der Mehrheit von SLD und UP, den Bericht der Sonderkommission entgegenzunehmen und setzte ihn von der Tagesordnung ab.⁸

Sechs Wochen vor den Präsidentenwahlen, am 15. September 1995, setzten sich ein weiteres Mal diejenigen durch, die das Konkordatprojekt grundsätzlich scheitern lassen wollten, da es nach ihrer Überzeugung die Übermacht und Zensur der katholischen Kirche in Staat und Gesellschaft zementieren würde, oder da sie aus wahltaktischen Überlegungen kein Interesse daran hatten, als zu kirchenfreundlich zu gelten und die Wahlchancen des SLD-Kandidaten Kwaœniewski zu schmälern. Das Abstimmungsergebnis entschied zwar noch nicht das endgültige Schicksal des Konkordats, schuf aber eine ziemlich schwierige Situation mit Blick auf das weitere Procedere. Denn die Kommission muß sich nun nochmals ohne neue Gesichtspunkte mit der Sache befassen. Zudem bindet die Verpflichtung den Sejm, bis zum 31. Dezember 1995 über das Konkordat abzustimmen.

¹ Gazeta Wyborcza, 15.3.1995.

² Polnischer Rundfunk, 14.3.1995, zit.n. DW Monitor-Dienst, 15.3.1995.

³ Powracaj'cy konkordat (Das Konkordat kehrt zurück), in: Gazeta Wyborcza, 17.2.1995.

⁴ Jerzy Turowicz, Wyznaniowe? Œwieckie? Neutralne? (Weltanschaulich? Weltlich? Neutral?), in: Tygodnik Powszechny, Nr. 13, 26.3.1995.

⁵ Agata Nowakowska, Baza siê burzy (Die Basis ist aufgebracht), in: Gazeta Wyborcza, 27.3.1995.

⁶ Jerzy S³awomir Mac/Eryk Mistewicz, Œamanie konkordatem (Zerbrechen am Konkordat), in: Wprost, Nr. 13, 26.3.1995.

⁷ Eliza Olczyk, Lider SdRP skrytykowany (Chef der SdRP kritisiert), in: Rzeczpospolita, 28.3.1995.

⁸ Gazeta Wyborcza, 30.3.1995.

Für die Ablehnung stimmten vor allem SLD mit den Stimmen des Premiers Oleksy und des Kommissionsvorsitzenden Siemi'atkowski - es herrschte Fraktionszwang -, UP und einige Abgeordnete von PSL und UW.

Die rein taktische Haltung der SLD-Führung kam nicht zuletzt darin zum Ausdruck, daß Oleksy einerseits den Kommissionsbericht ablehnte, andererseits aber erklärte, daß sich seine Regierung an den Antrag der Regierung Pawlak gebunden fühle, die dem Sejm die Ratifikation empfahl. Die Entscheidung liege beim Parlament. Ferner gab er bekannt, daß die Arbeit an den Gesetzesnovellen zur Anpassung an das Konkordat andauere, es innerhalb der Regierung aber Meinungsverschiedenheiten gebe, es hier aber zu ersten Einigungen gekommen sei. Auch gab er bekannt, daß die Gemeinsame Kommission von Regierung und Episkopat mit der Arbeit an einer gemeinsamen Zusatzklärung zur Interpretation von einigen Punkten des Konkordats begonnen habe.¹

Trotz der atmosphärischen Verschlechterung der Beziehungen zwischen Regierung und Episkopat aufgrund der Sejmentscheidung kam es am 22. September zu einer Sitzung der Gemeinsamen Kommission, in der beide Seiten vereinbarten, daß der Ko-Vorsitzende und Vizepremier Czes³aw łuczak (PSL) den Entwurf einer Gemeinsamen Deklaration zur Klärung strittiger Fragen der Interpretation des Konkordats (Verhältnis Staat-Kirche, Eheschließungen, Seelsorge in staatlichen Einrichtungen, Religionsunterricht in Schulen und Vorschulen, nichtkatholische Begräbnisse, Finanzierung der Päpstlichen Katholischen Akademie Krakau u.a.) vorlegt, der nach Absegnung durch die Regierung noch vom Episkopat geprüft und schließlich von der Gemeinsamen Kommission gebilligt werden müßte. Während Bischof Pieronek davon ausging, daß die ausstehende Annahme der Deklaration die Zustimmung der Regierung zum Konkordat signalisieren würde, äußerte Premier Oleksy enigmatisch, daß die Erklärung zwar hilfreich sein würde, die Ratifikation jedoch in der Hand des Sejm liege.² In der Kabinettsitzung am 10. Oktober wurden gegen einzelne Punkte des Deklarationsentwurfs Einwände erhoben,³ die dann mehrere Tage auf dem Weg vom Ministerrat zum Episkopat hängenblieben⁴ ... Währenddessen wandte sich Präsident Wa³ęsa - im Endspurt des heißen Präsidentschaftswahlkampfes - mit eigenen begleitenden Gesetzesprojekten zur Beschleunigung der Ratifikationsprozedur an das Parlament. Desgleichen tat die PSL-Fraktion.⁵ "Geht es hier darum, die Unterstützung der Kirche in den Wahlen zu erhalten?" wurde Bischof Pieronek gefragt. Er antwortete darauf: "Die Projekte wurden mit der Hierarchie weder offiziell noch inoffiziell beraten, obwohl sie die Kirche erfreuen können..."⁶

¹ Rzeczpospolita, 16./17.9.1995; Gazeta Wyborcza, 16./17.9.1995.

² Artur Domos³awski, Rz³d siê musi zdeklarowaæ (Die Regierung muß sich erklären), in: Gazeta Wyborcza, 23./24.9.1995.

³ Gazeta Wyborcza, 11.10.1995; Rzeczpospolita, 12.10.1995.

⁴ Cezary Gmyz, Konkordat to ciasteczko czy twardy orzech (Das Konkordat - ein Törtchen oder eine harte Nuß), in: ycie Warszawy, 19.10.1995.

⁵ Gazeta Wyborcza, 14.-15.10.1995.

⁶ Dominika Wielowiejska, Wa³ęsa popycha konkordat (Wa³ęsa schiebt das Konkordat voran), in: Gazeta Wyborcza, 19.10.1995.

3.4 Kirche und Verfassung

Parallel zu der Debatte über die Ratifikation des Konkordats verläuft in Polen die Diskussion des Verhältnisses zwischen katholischer Kirche und demokratischem Staat im Zusammenhang mit der Erarbeitung der neuen demokratischen Verfassung der Republik. In beiden Fällen geht es um die Realisierung des liberalen Paradigmas von der "Trennung zwischen Staat und Kirche", die sich vor dem spezifischen Hintergrund von neuerer und neuester polnischer Geschichte, Politik und Kultur als besonders schwieriger Prozeß darstellt.

Aus Gründen, die hier nicht weiter erörtert werden, steht der im September 1993 zum zweiten Mal freigewählte Sejm vor der bisher nicht gelösten Aufgabe, eine neue demokratische Verfassung aus einem Guß zu entwerfen und zur Abstimmung zu stellen. Auch wenn dieses Parlament (Sejm und Senat) von einer Koalition aus (postkommunistischen) Sozialdemokraten und Bauernpartei beherrscht wird und dementsprechend in der Verfassungskommission der beiden Kammern die Postsolidarność-Parteien eine Minderheit darstellen, läßt sich nach der zweijährigen Arbeit an den bisher in der Kommission verabschiedeten Verfassungsartikeln feststellen, daß die Scheidelinie Regierung-Opposition sich hier kaum widerspiegelt. Die bisherigen Kapitel wurden mit großer Mehrheit angenommen, wobei Trennungslinien teilweise innerhalb von Regierungs- und Oppositionsparteien verliefen. Letzteres war schließlich auch bei der Abstimmung über den Artikel der Fall, der das Verhältnis Staat-Kirche reguliert.

Seit Februar 1995 standen die Verfassungsartikel auf der Tagesordnung, die das Verhältnis Staat-Kirche betreffen. Vergleicht man nun den Konsens, der innerhalb der Verfassungskommission zu den Punkten gefunden wurde, so hätte man damit rechnen können, daß der Episkopat die entsprechenden Formulierungen als einen fairen Kompromiß zugunsten der katholischen Kirche würdigen würde, aber weit gefehlt.

Die Hauptpostulate der Kirche, die sie im Oktober 1994 formuliert hatte, lauteten:¹

1. Der Gottesbezug (invocatio Dei) wird in die Präambel aufgenommen.
2. Der Staat ist unparteiisch in weltanschaulichen und religiösen Angelegenheiten.
3. Die Beziehungen Staat-Kirche regelt das Konkordat mit dem Heiligen Stuhl.
4. Das Leben wird von seinem Beginn bis zum natürlichen Tod geschützt.
5. Eltern haben das Recht, ihre Kinder nach ihren Überzeugungen zu erziehen; der Staat garantiert das Recht zum Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen.
6. Ehe und Familie sollen besonders geschützt sein.

Nach mehrwöchigen Diskussionen und Konsultationen mit dem Episkopat verabschiedete die Verfassungskommission am 4. April 1995 den entscheidenden Artikel 16 der neuen Verfassung, der das Verhältnis Staat-Kirche regelt. In Absatz 1 wird festgestellt, daß "die Kirchen und Glaubensgemeinschaften gleichberechtigt" sind. In Absatz 2 heißt es, daß "die Staatsgewalt in der Republik Polen Unparteilichkeit in Angelegenheiten religiöser, weltanschaulicher und philosophischer Überzeugungen zeigt und die Freiheit ihrer Ausübung im öffentlichen Leben

¹ Siehe Gazeta Wyborcza, 20.6.1995.

garantiert". In weiteren Absätzen ist die Rede von der "gegenseitigen Autonomie und Unabhängigkeit" von Kirche und Staat - eine bis zuletzt höchst umstrittene Formulierung - und ihrem Zusammenwirken für das Gemeinwohl. Dieser Artikel sieht auch vor, daß "die Beziehungen zwischen katholischer Kirche und Staat ein völkerrechtlicher Vertrag mit dem Heiligen Stuhl" bestimmt.

Einen entscheidenden Anteil an diesen Formulierungen hatte Tadeusz Mazowiecki, der einen Ausweg bei den bisher unvereinbaren Positionen von Kirche und dezidierten Anhängern einer klaren Trennung von Kirche und Staat in SLD und UP gesucht hatte. Die Kirche hatte nämlich inzwischen ihre im Oktober 1994 geäußerte Akzeptanz des Begriffs der "Neutralität" zurückgenommen. Der Vorsitzende der Verfassungskommission, der Präsidentschaftskandidat Aleksander Kwac̄niewski, und andere, auch einige Vertreter der PSL, hatten die Formulierung von der "religiösen und weltanschaulichen Neutralität des Staates", der "Autonomie der Kirchen und Glaubensgemeinschaften" und der "Unabhängigkeit des Staates" favorisiert. Sie wurden aber im Verhältnis 20:16:2 überstimmt.

Schon früher hatten sie sich von der "Trennung von Staat und Kirche" verabschieden müssen, was ihnen schwer fiel, da viele Wähler von SLD und UP das Fehlen des Wortes "Trennung" als Kapitulation vor der Kirche ansahen.¹ In der Verfassungskommission der Nationalversammlung hatte der Vertreter des Episkopats, Prof. Józef Krukowski, entgegen früheren Verlautbarungen kirchlicherseits Einspruch gegen die Formel erhoben. Der Begriff "Trennung" (rozdziel) verbinde sich für seine Gegner zu sehr mit den historischen Erfahrungen kommunistischer Kirchenpolitik.² Schließlich drohte die Kirche wiederholt damit, beim bevorstehenden Referendum über die Verfassung deren Ablehnung zu empfehlen. Den dann drohenden "Religionskrieg" fürchtet die SLD-Spitze jedoch. Andererseits muß sie bei einer zu "weichen" Haltung gegenüber der Kirche damit rechnen, daß ein Teil ihrer Wähler zu der dezidiert laizistisch orientierten UP überläuft.

Dennoch gab sich Kwac̄niewski optimistisch, daß angesichts der von ihm konstatierten Ähnlichkeit der Formulierungen es schließlich zu einer Annahme des Verfassungsprojekts in der Nationalversammlung kommen werde. Und Mazowiecki meinte: "Der Übergang vom Wortstreit zu einer inhaltlichen Entscheidung, die alle wesentlichen Elemente eines angemessenen Entwurfs der Staat-Kirche-Beziehungen garantiert. Das sollte nicht nur die kirchliche Seite zufriedenstellen". Seiner Meinung nach bedeutete "Unparteilichkeit" dasselbe wie "Neutralität". Damit werde die Einführung eines Glaubensstaates unmöglich gemacht.³

Da den meisten Einwendungen der Kirche in dem vorgeschlagenen Artikel 16 Rechnung getragen worden war und die bisherigen Regelungen für Privilegien der katholischen Kirche, die sie teilweise schon der letzten kommunistischen Regierung Rakowski abgerungen hatte, eigentlich nur bestätigt wurden, äußerte sich der Sekretär der Bischofskonferenz denn auch befriedigt über das Ergebnis der Abstimmung.⁴

¹ Agata Nowakowska, Referendum jako straszak (Referendum als Schreckgespenst), in: Gazeta Wyborcza, 24.2.1995.

² Rzeczpospolita, 24.2.1995.

³ Jerzy Pilczyński, Bezstronnoœæ zamiast neutralnoœæ (Unparteilichkeit statt Neutralität), in: Rzeczpospolita, 5.4.1995.

⁴ Jaros³aw Gowin, Si³a kompromisu (Die Kraft des Kompromisses), in: Tygodnik Powszechny, Nr. 16, 16.4. 1995.

Um so größer war die Bestürzung bei den auf Ausgleich Gesinnten, als die katholischen Bischöfe in ihrer Erklärung nach der 277. Sitzung der Bischofskonferenz am 17. Juni 1995 verlautbaren ließen, daß sie den Verfassungsentwurf in seiner jetzigen Form nicht akzeptieren und die Nation über ihre Vorbehalte informieren werden. An der Abschlußmesse nahm der amtierende Präsident und Kandidat Lech Wałęsa teil, der den Entwurf allein schon deshalb ablehnt, weil darin die Prärogativen des Präsidenten eingeschränkt werden. Von Beobachtern wurde der Affront der Kirche als Einreihung in die Front außerparlamentarischer Gruppierungen um die weltanschaulich - nicht wirtschafts- und sozialpolitisch - konservativ-katholisch-patriotische "Solidarność" gedeutet. Diese hat einen eigenen Verfassungsentwurf vorgelegt, der die naturrechtlichen Vorstellungen der katholischen Kirche übernimmt und den die Pfarrer von den Kanzeln empfehlen.¹ Die Haltung der Bischöfe galt aber vor allem als demonstrativer politischer Schritt gegen den Vorsitzenden der Verfassungskommission, Kwaśniewski, den aussichtsreichen Kandidaten für das Amt des Präsidenten.

Die "frontale Attacke"² des Episkopats wirkte wie ein Schock, ihre Terminierung war aber nicht zufällig. Brüskierend war sie deshalb, weil im April nach wochenlangen Diskussionen und Verhandlungen zwischen Kwaśniewski und der Kirche eine von Mazowiecki vorgeschlagene Regelung des Staat-Kirche-Verhältnisses gefunden worden war, die für die Kirche zufriedenstellend war, ja als Erfolg für die Kirche und als Niederlage für die Laizisten gewertet werden konnte. Aber die Ansprüche der Kirche gingen und gehen weiter.

Grundsätzlich bemängelt der Episkopat, daß das Verfassungsprojekt nicht nach den universellen Werten ausgerichtet sei, die auf den grundlegenden Rechten der Person, der Familie und der Nation fußen. Unzufrieden waren die Bischöfe damit, daß in dem Verfassungsentwurf, der übrigens erst zur Hälfte fertig ist, kein Bezug auf das Naturrecht genommen wird, eine Präambel (mit invocatio Dei) nicht vorgesehen ist, die Formulierung über das Recht auf Leben nicht den Vorstellungen der Kirche entspricht und die Teilnahme am Religionsunterricht nicht nur den Willen der Eltern, sondern je nach Reife auch den der Schüler berücksichtigt. Es fehle einfach an einer "dezidierten Axiologie" in der Verfassung. Schon allein die Formulierungen zu den von der katholischen Kirche prioritär angesprochenen Bereichen beweisen das Gegenteil. Um so mehr gilt dies für die bisher verabschiedeten Artikel zu den Bürgerrechten, -freiheiten und -pflichten.³ Es waren aber offenbar gerade das Recht der älteren, aber noch nicht volljährigen Jugendlichen, über die Teilnahme am Religionsunterricht selbst zu entscheiden, und das in Artikel 22, Absatz 1 ausdrücklich formulierte Diskriminierungsverbot u.a. wegen "sexueller Orientierung", das die Bischöfe besonders aufbrachte. Erzbischof Józef Michalik, der Vorsitzende des Verfassungsarbeitskreises im Episkopat, dessen Wertvorstellungen im Wahlkampf 1991 um die Welt gegangen waren⁴, stellte fest: "Dieses Verfassungsprojekt ist unakzeptabel. Es ist ein nihilistisches Projekt, das auf den Kampf gegen alles kodiert ist, was moralisch ist."⁵ Bischof Alojzy Orszulik bestätigte, daß der Episkopat die Meinung

¹ Ryszard Terlecki, Na ³awce rezerwowych (Auf der Reservebank), in: Tygodnik Powszechny, Nr. 1, 1.1. 1995.

² Konstytucja niezgody (Verfassung der Zwietracht), in: Gazeta Wyborcza, 20.6.1995.

³ Episkopat Polski i projekt Konstytucji RP (Polnischer Episkopat und das Verfassungsprojekt der RP), in: Rzeczpospolita, 26.6.1995.

⁴ Siehe Fn. 21.

⁵ Ebenda.

von Michalik über "den nihilistischen Charakter des vorgeschlagenen Projekts" teile.¹

Die Terminierung war beabsichtigt, da die katholische Kirchenhierarchie Polen durch eine Wiederauferstehung der Volksrepublik und den Verlust der christlichen und nationalen Werte durch Säkularisierung, Atheisierung und europäischen Liberalismus bedroht glaubt und keinen anderen Ausweg sah, als direkt in den Präsidentschaftswahkampf einzugreifen und bei der Bewertung von Kandidaten und ihren Politikvorstellungen ein manichäisches Weltbild, die Alternative zwischen Licht und Finsternis, Gut und Böse zu entwerfen. Diesem Verdikt fiel der Verfassungsentwurf - zumindest bis zu den Präsidentschaftswahlen - zum Opfer.

4. Schlußbemerkungen

In Polen ist in den letzten Jahren eine Demokratie entstanden, in der sich die katholische Kirche ihrer Freiheit erfreuen könnte, wenn sie unter "Freiheit" nicht eine privilegierte Situation verstünde, wie sie vor 1989 zwar nicht im Staat, aber in der Gesellschaft einnahm. "Je früher sie sich dessen bewußt wird, um so besser für die Kirche", so formulierte es ein bekannter polnischer Theologe.²

Die Tatsache, daß die Kirche bis jetzt in die Politik einbezogen und einer direkten politischen Kritik ausgesetzt war, rührt daher, daß sie weiterhin eine politische Kraft ist und eine solche bleiben will. Gleichzeitig haben die in weiteren Perspektiven denkenden Kirchenleute längst erkannt, daß die katholische Kirche ihre evangelische Mission um so besser erfüllen kann, je weniger sie sich im politischen Leben engagiert und je mehr sie die "Zivilisation der Liebe" unter den von ihr angesprochenen Gläubigen beeinflusst.

Unter diesem Gesichtspunkt war das Jahr 1995 für die katholische Kirche äußerst ungünstig und gefährlich. Denn sie war der Versuchung ausgesetzt und ist ihr erlegen, die Entwicklung weg von der Politik hin zur Erfüllung ihrer Missionsaufgabe, den Weg hin zu einer Abgrenzung zwischen der Sphäre des öffentlichen Lebens und der Sphäre des politischen Lebens ernsthaft in Frage zu stellen. Die Versuchung kam daher, daß die polnische Innenpolitik von der Debatte über die Konkordatsratifizierung und von der Arbeit an der neuen Verfassung sowie von einem langen und zähen Präsidentschaftswahlkampf beherrscht wurde.

Die Spannung innerhalb der katholischen Kirche wurde an den Schwerpunkten ihrer nach innen und außen gerichteten Aktivitäten sichtbar. Auf der einen Seite gab es die dominierende Tendenz zum Engagement mittels Recht und Politik, auf der anderen Seite Erziehungsarbeit mit dem Ziel, die Katholiken auf ihr Leben in einer pluralistischen Gesellschaft vorzubereiten. In diesem Spannungsbogen glaubte aber die katholische Hierarchie in der Praxis weniger an die Macht des Evangeliums als an den Erfolg von Paragraphen. Wie hatte es doch die Bischofskonferenz 1993 in ihrem Hirtenwort "Über die christlichen Werte im Leben von Gesellschaft und Nation" formuliert: "Die religiösen Werte haben ihrem Wesen nach einen innergeistigen Charakter, das heißt, sie bedürfen der inneren Akzeptanz, und man kann sie nicht mit Hilfe von Befehlen und rechtlichen Regelungen aufdrängen."³

¹ Gazeta Wyborcza, 19.6.1995.

² Tadeusz Gadacz SP, in: Tygodnik Powszechny, Nr. 3, 15.1.1995.

³ Zit.n. Polityka, Nr. 26, 1.7.1995.

Die Folge der direkten politischen Einmischung und Parteilichkeit der katholischen Kirche ist die Durchsetzung eines kämpferischen Selbstverständnisses und einer ebensolchen Sprache. Kirche wird zum Konfliktverursacher, mit der möglichen Folge, wie es Józef Tischner drastisch ausdrückte, daß der Pfarrer mit dem Schubkarren aus der Gemeinde gefahren wird.⁴ Ein solches Phänomen würde man wohl unter "spontanem Antiklerikalismus" subsumieren, der von der Kirche selbst verursacht ist.

Die polnischen Erfahrungen der letzten Jahre lehren, daß Religion zur Legitimierung politischer Trennlinien benutzt wurde. Der politische Gegner wurde zugleich zum Feind der Religion gestempelt. Dieses Selbstverständnis von Katholizismus müßte im Endeffekt zur Folge haben, daß Religiosität in Polen nicht zu einer katholischen (= umfassenden), sondern zu einer sektiererischen Religiosität würde. Die politischen Autoritäten in Polen würden ihr Fundament mit Hilfe der Religion aufbauen, während die Aufgabe der Kirche von ihrem Ursprung her darin liegt, das Verbindende und nicht das Trennende zu predigen und vorzuleben. Die Kirche würde ihrer Versöhnungsbotschaft nicht gerecht werden können.

Das Problem liegt darin, daß in Polen nach den Erfahrungen der Nachkriegsjahrzehnte die einen lernen müssen zu respektieren, daß der demokratische Staat kein Gegner der Kirche ist, und die anderen, daß die Kirche ihn nicht als Herrschaftsgebiet beansprucht, sondern als einen Rahmen, in dem sie sich frei bewegt und um bestimmte Werte kümmert. Dabei wird die Säkularisierungsdebatte in Polen noch dadurch verschärft, daß die Dechristianisierungsprozesse und die liberaldemokratische Trennung von Kirche und Staat, Vorgänge, die in den west- und südeuropäischen Staaten über viele Jahrzehnte in demokratischen oder liberalen Systemen verliefen, die Kirche in Polen nach der raschen Demokratisierung schockartig in eine neue Situation bringen. Der Konflikt über das liberale Paradigma von der Trennung zwischen Kirche und Staat wird hier von der Erfahrung mit der marxistisch-leninistischen Variante überlagert. Eine Verzerrung der Diskussion bei den Hauptbeteiligten, den Atheisten und Laizisten einerseits und der Institution Kirche andererseits, scheint unausweichlich in einem Land, in dem die Kirche mehr als in allen west- und osteuropäischen Nachbarländern über Jahrzehnte gesellschaftlich unangefochten blieb, ja von Jahr zu Jahr mehr Bekenner um sich scharte und von der kommunistischen Staatsmacht als nationalpatriotische Institution widerwillig respektiert und zuletzt hofiert wurde.

Die Diskussion über die Wertgebundenheit einer Gesellschaft ist unvermeidlich und notwendig. Das "geistige Unglück" der politischen Szene Polens liegt aber darin, daß in dieser Debatte die beiden Seiten des eher operettenhaften polnischen "Kulturkampfes" - d.h. des Kampfes der Kirche mit "der Linken" - keine entwickelte Konzeption von der Zukunft Polens haben und nicht über wirklich neue Denker (oder "Denkfabriken") verfügen, wenn man von "Einzelkämpfern" (wie beispielsweise Józef Tischner) absieht, die von der Amtskirche bisher bedauerlicherweise nicht als Bereicherung, sondern als neue Frontlinie perzipiert werden. So besinnt sich die traditionelle katholische Kirche auf die bewährten Werte. Die Linke "verteidigt dagegen ziemlich rachitisch die Idee des Rechtsstaats", wie es Stanisław Rosnowski vor kurzem in der "Polityka" despektierlich formulierte, indem sie heute die "Dekommunisierung" ausgerechnet an dem liberalen Verständnis der Trennung von Kirche und Staat probt. Es fehlen starke Inspiratoren, die an der Grenze jonglieren und die zwischen den

⁴ Interview mit Józef Tischner, Wielkie zadanie (Große Aufgabe), in: Rzeczpospolita, 8.-9.4.1995

Antipoden vermitteln, die noch in der Kirche sind, aber den Blick nach außen richten, oder schon draußen sind, aber die Traditionen und die Diskussion über "christliche Werte" einfach ernstnehmen. "Und so haben wir anstatt einer großen Debatte über das Polen von morgen die idiotische Alternative: entweder Kirche oder Europa... Das ist zu wenig für ein Land, das innerhalb seiner Grenzen noch einiges zu erledigen hat - mitten im Herzen Europas."¹

¹ Stanisław Rosnowski, Albo kocęć, albo Europa?, in: Polityka, Nr. 39, 30.9.1995.

Dieter Bingen

The Catholic Church and Democracy in Poland 1990 to 1995

Bericht des BIOst Nr. 1/1996

Summary

Introductory Remarks

The Catholic Church is looking for its place in today's pluralist and democratic Poland, but it has failed to find it yet. It is having difficulty defining its relationship with the political institutions of the new democracy, especially with the legislative and the political parties, but also with the social organisations, the media and the "West". At the same time, the impression that the Catholic Church is energetically attempting to set up an orthodox state in Poland has become firmly established in Western Europe in recent years.

On the basis of selected problem fields and conflict areas, the present report examines the ongoing political debate within Poland on the Catholic Church's relationship with the open society and with the legislative. The Church's position with regard to the topics of "elections" and "legislation" since the demise of the communist regime can be seen as typical examples of the identity crisis pervading Poland's dominant Christian denomination. The sources used for the study are Polish publications from the political, media and academic scenes.

Findings

- 1. The Catholic Church as an institution is fighting for its place in the Polish democracy: since the transfer of power to a democratic government, it has made its influence felt in day-to-day politics, in particular in connection with elections. However, a significant majority of the population is opposed to the Church influencing politics and public life and does not follow the Church's recommendations as to how to vote in elections.
The Catholic Church is pressing for its own values and standards to be embedded in the state, in the constitution and in the legislation. Since 1990 controversies have centered around, in particular, religious education in state schools, birth control, Christian values in the mass media, the concordat and the constitution, but tax privileges and the return of confiscated property have also been the subject of debate.*
- 2. In the 1989 electoral campaign the Church had expressed its solidarity with the opposition as it was at that time. It gave its support to the Solidarność candidates largely irrespective of their world outlook or of their affinity to or detachment from the Church, preferring them over other independent candidates. But even then there were already unmistakable rumblings against candidates who did not have a reputation for being conservative and loyal to the Church.*
- 3. In the 1990 presidential electoral campaign the Catholic bishops intervened with an official*

statement issued between the first and the second polls. It not being possible to rule out a victory by Stanisław Tymiński, the bishops made a recommendation in favour of Lech Wałęsa. Earlier, a majority of the clergy had already taken sides with Wałęsa in his confrontation with Mazowiecki. They considered Wałęsa the "real" Pole. Mazowiecki was also a practising Catholic but stood for a more "open" Catholicism. The Church hierarchy, which in its majority has up to now regarded the concept of diversity beneath a Catholic roof as a threat to its authority, viewed him with distrust.

4. In the lead-up to the 1991 parliamentary elections the Church initially refrained from making any official statements regarding the parties in the contest, appealing to the freedom of the individual Christian to decide according to his conscience. It was not until shortly before the election that the bishops recommended to the faithful a shortlist of five parties and electoral alliances. In doing so they obliged their priests to contravene the "position" they themselves had formulated. If the votes actually given to the five parties and alliances which the Church had officially approved as "worthy of election" are added together, they are found to total just on 25 %. The Church had put its own authority to the test and failed.
5. In the 1993 parliamentary elections the Catholic Church showed that it had learned from the mistakes it had made in the previous two electoral campaigns (1990 presidential elections and 1991 parliamentary elections) and in the debate on some controversial domestic policy issues (the discussion about values in connection with "Catholic parties") and made a point of visibly exercising restraint. This time no authorized recommendations were given as to voter behaviour. Since the Church had not publicly voiced its preference for any political party, it did not have to feel directly branded as one of the losers when the post-communist parties won the election.
6. The attitude of Church officialdom in the lead-up to the 1995 presidential elections was strongly influenced by the SLD's hostile attitude to the ratification of the concordat and on the issue of the status to be afforded to the Church in the draft for a new constitution. The pastoral letters of August and September 1995 clearly reflected the Church's outright rejection of the SLD candidate Kwaśniewski, even though the bishops refrained from officially endorsing any of the traditional Catholic candidates (Wałęsa, Gronkiewicz-Waltz, Olszewski).
7. In May 1990 the Catholic bishops called for the re-introduction of religious education in state schools, and this was implemented under pressure from the episcopate in August 1990 by decree per 1st September 1990. Prime Minister Mazowiecki wanted to avoid an open conflict with the bishops in order not to weaken his chances against Wałęsa in the forthcoming presidential elections.
8. The first attempts by the Catholic Church to bring about a reform or rather a complete re-formulation of the legislation on abortion antedate the public discussion about religious education. On 7th January 1993, following heated debate, the Sejm passed a "Law on Family Planning, the Protection of the Human Foetus, and the Admissibility of Abortion" that neither satisfied the demands of the "Fundamentalists" nor fully went along with the ideas of the "Liberals", even if it did go a long way towards accommodating the former. By refusing to hold a referendum both on the matter as such and on the details of the abortion provisions, the

majority in parliament placed itself at odds with a broad majority of the population.

9. A new concordat that had already been signed between the Suchocka government and the Holy See could no longer be ratified before the Sejm was dissolved to make way for the 1993 elections. The SLD, particularly, thought that some of the legal privileges afforded to the Church went too far. The formal argument used in the debate, though, was that nothing should be done that would prejudice the new constitution in its fundamental re-alignment of relations between Church and State. Because of its symbolic importance, the concordat issue was drawn into the 1995 presidential electoral campaign, being used both by anti-clerical currents within the SLD and by the Catholic Church to promote tactical polarization purposes. In parallel with the debate over the ratification of the concordat, there is an ongoing discussion in Poland about the relationship between the Catholic Church and the democratic state in connection with the drafting of a new democratic constitution, which is now in the hands of a constitutional commission. In both instances the basic controversy centres around the incorporation of Christian values into state legislation versus the liberal paradigm of the "separation of Church and State".
10. 1995 was an extremely untoward and hazardous year for the Catholic Church. For it was led into and succumbed to the temptation to pose a serious challenge to the trend away from a role in politics and towards concentrating on its evangelical mission, the evolution towards a demarcation between the sphere of community life and the sphere of political life. The temptation arose because Polish domestic politics was dominated by the debate about the ratification of the concordat and the new constitution and by a long and dogged presidential electoral campaign. In this field of tensions, the Catholic hierarchy in practice displayed less faith in the power of the gospel than in the supremacy of the written law.
11. The debate on secularization in Poland is intensified by the fact that the de-Christianization processes and the liberal-democratic separation of Church and State, processes that in the countries of western and southern Europe took many decades to complete within established democratic or liberal systems, have abruptly placed the Church in Poland in a completely new situation following the rapid democratization. The conflict over the liberal paradigm of the separation of Church and State is overlaid in Poland by experience with the Marxist-Leninist version of that same paradigm. A contortion of the controversy between the major parties involved, the atheists and laicists on the one hand and the Catholic Church acting as an institution on the other, appears inevitable in a country in which, more than in any of its western or eastern European neighbours, the Church for decades remained beyond social challenge, indeed gathered more followers behind it year for year, and commanded the grudging respect of and in the final stages even had its favours courted by the state powers - in this case the communist authorities - as a national patriotic institution.